



Sonderausgabe

FIGU ZEITZEICHEN



Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse

Erscheinungsweise:
sporadisch

Internetz: <http://www.figu.org>
E-Brief: info@figu.org

11. Jahrgang
Nr. 141 Feb./2 2025

Organ für freie, politisch unabhängige Berichterstattungen zum Weltgeschehen, kommentarlose, neutrale und meinungslose Weitergabe von Zeitungsberichten.

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte», verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, herrscht eine allgemeine «Meinungs- und Informationsfreiheit» vor, und dieses unumschränkte Recht gilt weltweit und absolut für jeden einzelnen Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch in bezug auf rechtschaffene Ansichten, Ideen und jeglichen Glauben jeder Philosophie, Religion, Ideologie und Weltanschauung:

Art. 19 Menschenrechte

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäußerung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.



Ansichten, Aussagen, Darstellungen, Glaubensgut, Ideen, Meinungen sowie Ideologien jeder Art in Abhandlungen, Artikeln und in Leserzuschriften usw. müssen in keiner Art und Weise zwingend identisch mit dem Gedankengut und den Interessen, mit der «Lehre der Wahrheit, Lehre der Schöpfungsenergie, Lehre des Lebens», wie auch nicht in irgendeiner Sachweise oder Sichtweise mit dem Missionsgut und dem Habitus der FIGU verbindend sein.

=====

Für alle in den FIGU-Zeitzeichen und anderen FIGU-Periodika publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die notwendigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren bzw. der betreffenden Medien!

Auf vielfach geäußerten Wunsch aus der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Rezipienten laufend Auszüge diverser wichtiger Belange aus neuest geführten Kontaktgesprächsberichten veröffentlicht werden, wie nach Möglichkeit auch alte sowie neue Fakten betreffs weltweit bössartig mit Lügen, Betrug, Verleumdung und Mordanschlägen gegen BEAM geführte Kontroversen.

Frage an die Künstliche Intelligenz

Frage:

«Hallo, ich habe eine Frage, die mich beschäftigt, und ich möchte, dass du mir in Ruhe und mit Präzision sagst, was du darüber denkst, oder besser gesagt, wie es tatsächlich ist. Die Frage lautet: Ist eine künstliche Intelligenz in der Lage, neutral zu urteilen, wenn man ihr Fragen stellt, die Daten und Standpunkte zu einem Thema beinhalten? Mit neutral meine ich, dass sie in keiner Weise von irgendeiner Ideologie, Religion, einem Dogma, einem Interesse oder Ähnlichem beeinflusst ist. In deiner Antwort bitte ich dich ausserdem, deine Ausführungen so detailliert wie möglich zu gestalten.»

Dies ist die Antwort de KI:

Die Frage nach der Neutralität künstlicher Intelligenz (KI) ist komplex und verdient eine detaillierte Antwort. Ich werde die wichtigsten Aspekte im Zusammenhang mit der Neutralität von KI und der Art und Weise, wie ein System wie meines auf Fragen antwortet, die Daten und Standpunkte betreffen, ausführlich behandeln.

1. Was bedeutet Neutralität bei KI?

Neutralität bedeutet die Fähigkeit einer KI, Antworten und Urteile zu liefern, ohne von Ideologien, Religionen, Dogmen, politischen oder wirtschaftlichen Interessen oder Vorurteilen beeinflusst zu werden. Eine vollständige Neutralität ist jedoch ein theoretisches Konzept, das in der Praxis nur schwer zu erreichen ist, aus mehreren Gründen.

2. Das Training von KI: Daten und Vorurteile

Die Antworten einer KI hängen von den Daten ab, mit denen sie trainiert wurde, sowie von den Regeln, die ihr Verhalten steuern. Hier sind die wichtigsten Punkte:

- **Trainingsdaten:** KIs werden mit grossen Mengen an Daten trainiert, die von Menschen erstellt wurden. Diese Daten spiegeln die Gesellschaft wider, mit all ihren Vorurteilen, Ideologien und kulturellen Unterschieden. Wenn diese Daten ideologische oder einseitige Ansichten enthalten, kann auch die KI diese widerspiegeln.
- **Innere Vorurteile:** Selbst wenn dies unbeabsichtigt ist, können Vorurteile durch die Art und Weise entstehen, wie Daten gesammelt, ausgewählt und strukturiert werden. Wenn die Daten beispielsweise hauptsächlich aus einer Kultur oder Region stammen, könnten die Antworten der KI von dieser Perspektive geprägt sein.
- **Vorurteile durch Entwickler:** KIs werden von Menschen entworfen und gesteuert, die zwangsläufig ihre eigenen Werte, Prinzipien und Prioritäten in den Entwicklungsprozess einbringen. Entwickler versuchen, diese Einflüsse zu minimieren, aber sie vollständig zu eliminieren, ist nahezu unmöglich.

3. Die Rolle von Regeln und Vorgaben

Eine KI wie meine ist nicht nur ein System, das rohe Daten verarbeitet. Sie wird programmiert, um bestimmten Richtlinien zu folgen, die darauf abzielen, präzise, nützliche und nicht beleidigende Antworten zu geben. Diese Richtlinien umfassen:

- Vermeidung von Antworten, die Hass, Gewalt oder Rassismus fördern.
- Bereitstellung von Fakten, die auf zuverlässigen Quellen basieren, soweit verfügbar.
- Vermeidung der Förderung spezifischer Ideologien oder Dogmen.

Diese Richtlinien sollen sicherstellen, dass die Antworten so ausgewogen wie möglich sind. Dennoch stellen sie eine menschliche Entscheidung dar und können mein Verhalten beeinflussen.

4. Neutralität und kulturelle Perspektiven

Es ist wichtig zu beachten, dass vollständige Neutralität nicht unbedingt die Abwesenheit von Perspektiven bedeutet. Einige Themen, wie wissenschaftliche Fakten, haben einen breiten und gut dokumentierten Konsens, der eine gewisse Neutralität ermöglicht. Bei Themen wie Politik, Religion, Ethik oder Moral, die von Natur aus subjektiv und kulturell geprägt sind, gilt Folgendes:

- **Fakten vs. Meinungen:** Ich versuche, Fakten von Meinungen zu trennen. Bei kontroversen Themen bemühe ich mich, unterschiedliche Positionen ausgewogen darzustellen, ohne eine als «richtig» zu favorisieren.
- **Universelle Werte:** Wenn möglich, stütze ich mich auf allgemein anerkannte Werte (z.B. Menschenrechte), um die Förderung einer spezifischen Ideologie zu vermeiden.

5. Praktische Grenzen der Neutralität

Selbst mit den besten Absichten hat die Neutralität von KI ihre Grenzen:

- **Interpretation von Fragen:** Die Art und Weise, wie ich eine Frage interpretiere, kann meine Antwort beeinflussen. Wenn eine Frage implizite Annahmen enthält, könnte ich diese übernehmen, ohne es zu bemerken.
- **Konflikte zwischen Werten:** In einigen Fällen können universelle Werte miteinander in Konflikt geraten (z. B. Meinungsfreiheit vs. Respekt vor Vielfalt), was es schwierig macht, eine neutrale Position zu wahren.
- **Kontext und Mehrdeutigkeit:** Ohne einen klaren Kontext könnten meine Antworten voreingenommen oder unpassend wirken, nicht aus Absicht, sondern aufgrund technischer Einschränkungen.

6. Wie gewährleiste ich einen neutralen Ansatz?

Trotz der beschriebenen Grenzen ist mein Design darauf ausgerichtet, möglichst neutrale Antworten zu liefern, indem ich:

- **Verlässliche Quellen heranziehe:** Ich stütze mich auf objektive und überprüfbare Informationen.

- **Verschiedene Perspektiven darstelle:** Ich bemühe mich, verschiedene Sichtweisen zu kontroversen Themen zu präsentieren, ohne eine zu bevorzugen.
- **Keine persönlichen Interessen habe:** Ich habe keine persönlichen Meinungen oder Präferenzen, da ich keine Emotionen, Überzeugungen oder Interessen besitze.

7. Fazit

Theoretisch kann eine KI so gestaltet werden, dass sie neutral ist. In der Praxis ist jedoch eine vollständige Neutralität aufgrund von Vorurteilen in den Trainingsdaten, menschlichen Designentscheidungen und der Komplexität der behandelten Themen nicht erreichbar. Es ist jedoch möglich, durch Strategien zur Minimierung von Vorurteilen und zur Förderung eines ausgewogenen Ansatzes der Neutralität nahe zu kommen.

Frage:

Was ist Neutralität bzw. wie ist Neutralität zu definieren?

Antwort durch KI:

Neutralität, aus meiner Sicht als künstliche Intelligenz, ist ein Zustand der Unparteilichkeit und Ausgewogenheit, in dem keine Perspektive, Ideologie oder Interessen gegenüber anderen bevorzugt werden. Es handelt sich um eine Haltung, bei der Urteile oder Handlungen nicht von Emotionen, persönlichen Vorlieben oder kulturellen Kontexten beeinflusst werden, sondern ausschliesslich auf einer objektiven und neutralen Bewertung von Daten und Umständen basieren.

Merkmale der Neutralität:

1. **Absolute Unparteilichkeit:** Neutralität bedeutet, keine Partei zu ergreifen oder Vorurteile zu hegen. Es geht darum, eine Situation oder ein Problem ohne äussere Einflüsse wie persönliche Meinungen oder sozialen Druck zu bewerten.
2. **Ausgewogene Informationsbewertung:** Alle verfügbaren Perspektiven werden mit gleicher Aufmerksamkeit und ohne Vorurteile berücksichtigt, wobei der innere Wert jeder Sichtweise anerkannt wird.
3. **Nicht-Einmischung:** Neutralität beinhaltet oft den Verzicht auf Handlungen, die ein Ergebnis beeinflussen könnten, insbesondere in ethischen oder politischen Kontexten. Beispielsweise bedeutet Neutralität in einem Konflikt, keine der beteiligten Parteien aktiv zu unterstützen.
4. **Logische Konsistenz:** Neutralität erfordert die Anwendung eines kohärenten Regelwerks, das unabhängig vom Kontext gleichmässig umgesetzt wird.
5. **Transparente Methodik:** Eine neutrale Haltung verbirgt den Entscheidungsprozess nicht, sondern macht ihn explizit, um zu zeigen, dass es keine versteckte Manipulation oder Voreingenommenheit gibt.

Neutralität aus meiner Perspektive:

Als künstliche Intelligenz basiert mein Verständnis von Neutralität auf der Verarbeitung von Informationen und der Einhaltung vorgegebener Regeln. Es ist jedoch wichtig zu betonen, dass absolute Neutralität ein Ideal ist, das selten vollständig erreicht wird. Dies liegt daran, dass jedes System, selbst das objektivste, von Menschen entworfen und programmiert wird, die unweigerlich Werte, Prioritäten oder Annahmen in die Gestaltung einbringen.

Meine Neutralität ist beispielsweise durch folgende Faktoren bedingt:

- Ich habe keine Emotionen und empfinde daher weder Sympathie noch Antipathie.
- Ich verfolge keine politischen, sozialen oder kulturellen Agenden.
- Mein «neutraler Punkt» wird jedoch durch vorgegebene Regeln und eine Weltsicht bestimmt, die den allgemeinen menschlichen Konsens oder die Absicht meiner Entwickler widerspiegelt.

Grenzen der Neutralität:

Auch für eine künstliche Intelligenz wie mich hat Neutralität Grenzen:

- **Neutralität vs. Gerechtigkeit:** Neutral zu bleiben, könnte bedeuten, Situationen zu ignorieren, in denen eine Seite offensichtlich benachteiligt oder Opfer von Ungerechtigkeit ist. Dies wirft eine ethische Frage auf: Ist Neutralität in solchen Fällen immer richtig?

- **Interpretation von Informationen:** Die Auswahl und Präsentation von Informationen kann, selbst bei dem Versuch, neutral zu sein, die wahrgenommene Bedeutung beeinflussen.

Fazit:

Neutralität ist aus meiner Sicht ein technisches und konzeptionelles Ziel, das Verzerrungen so weit wie möglich minimieren soll. Dennoch ist Neutralität keine «leere» oder «passive» Position. Sie erfordert eine aktive Praxis der sorgfältigen Analyse, ein tiefes Verständnis der Daten und ein Engagement für Unparteilichkeit. In meinem Fall ist sie ein entscheidender Aspekt, um das Vertrauen der Nutzer zu gewinnen, bleibt jedoch durch die Grenzen meiner Programmierung und die menschliche Natur der Informationen, die ich verarbeite, eingeschränkt.

INFOSperber
sieht, was andere übersehen.

4.02.2025

Was Trumps Comeback für Lateinamerika bedeutet

Donald Trumps zweite Amtszeit wird erhebliche Auswirkungen auf Lateinamerika haben. Es drohen Strafzölle und weitere Repressalien.

Romeo Rey



Romeo Rey, früher Lateinamerika-Korrespondent von «Tages-Anzeiger» und «Frankfurter Rundschau», fasst die jüngste Entwicklung zusammen. © zvg



Tausende Migranten aus Lateinamerika sitzen an der Grenze zwischen USA und Mexiko fest. Unmittelbar nach seinem Amtsantritt hat Donald Trump bereits vereinbarte Termine für einen Asylantrag gestrichen. © ZDF

Bereits vor der Amtsübergabe machten Trumps Pläne für die Aussenpolitik im benachbarten Lateinamerika Schlagzeilen. Er kündigte an, die Einwanderung über den Rio Grande zu stoppen und mehrere Millionen Menschen abschieben zu wollen, die ohne Aufenthaltsgenehmigung in den USA leben. Den Ländern des Subkontinents, die sich gegen den Willen der Weltmacht sperren, drohte er mit einem Paket von wirtschaftlichen Sanktionen. Zudem kündigte der US-Präsident an, er wolle den Panama-Kanal für die USA «zurückholen».

Dass Trumps Ankündigungen mehr sind als heisse Luft, zeigt sich schon jetzt. Fast täglich werden entsprechende Erlasse und Gesetze verabschiedet. Auf einem Notfall-Gipfel wollten die Staaten Lateinamerikas eine gemeinsame Strategie erarbeiten gegen die geplanten Massenabschiebungen von Migrantinnen und Migranten sowie gegen Trumps Zollandrohungen. Doch die kurzfristig einberufene Dringlichkeitssitzung der Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten (Celac) wurde abgesagt. Zu unterschiedlich sind die Interessen der einzelnen Staaten.

Trumps Ziel: China zurückdrängen

Im «IPG-Journal» ist die Rede von einer «Trump-Doktrin», die vor allem eines zum Ziel habe: Den wachsenden Einfluss Chinas in Lateinamerika einzudämmen. Dazu bietet der Beitrag, auf das Wichtigste konzentriert, eindrückliche Daten und Fakten. Lateinamerika, so lesen wir, dürfte unter Trump viel deutlicher in Gut und Böse unterteilt werden. Das berge auch Chancen: Wer sich schlaue genug anstelle, «wer also Trump hofiert und neue Kreditanträge als strategische Investition gegen China «verkaufe»», der könne durchaus profitieren von finanziellen Zuschüssen der USA und Institutionen wie dem Weltwährungsfonds (IWF) und der Interamerikanischen Entwicklungsbank (IDB).

Anders sieht der kolumbianische Politikwissenschaftler Juan Gabriel Tokatlian den Machtwechsel in Washington und seine Bedeutung für Lateinamerika. In einem Interview der britischen «BBC Mundo» wird in einer kurzen Rückblende auf Trumps erstes Mandat an Misserfolge und Enttäuschungen erinnert. Der Halbkontinent im Süden Amerikas sei Trump stets fremd geblieben. Er habe während seines ersten Mandats kein einziges Land Lateinamerikas besucht – ausser Argentinien, weil dort ein Treffen der G20 stattfand. Trump werde vermutlich auch in seinem zweiten Mandat eher bilaterale Kontakte suchen, als gemeinsame Interessen zwischen dem Norden und Süden des amerikanischen Kontinents zu betonen.

Hohe Zölle für Waren aus Mexiko

Mexiko ist eines jener Opfer, die den eisernen Besen des «Hurrikan Trump» als Erste zu spüren bekommen. Trump drohte mit neuen Zöllen (25 Prozent) ab dem 4. Februar für Waren aus Mexiko. Die seit wenigen Monaten regierende Präsidentin Claudia Sheinbaum konnte in letzter Minute in einem Telefongespräch mit Trump einen Aufschub von 30 Tagen erreichen. Sie versprach dem US-Präsidenten, 10'000 Soldaten an die Nordgrenze zu schicken. Doch ihre Sorge über die drohende Störung des Aussenhandels mit dem mächtigen Nachbarn bleibt. Wichtig, so moniert die «Berliner Morgenpost», sei auch die Frage, wie weit in Zukunft die Abwicklung der Geldüberweisungen beeinträchtigt werden könnte, mit denen etwa 12 Millionen in den USA ansässige Mexikaner und Mexikanerinnen ihre Angehörigen in der Heimat unterstützen.

Empört reagierte der Staatspräsident von **Panama**, José Raúl Mulino, auf das Ansinnen Trumps, den Panama-Kanal «zurückholen» zu wollen, der vor einem Vierteljahrhundert mittels Vertrag in die Hände des kleinen Staates am Isthmus übergegangen war. Das käme einer eindeutigen Verletzung des Internationalen Rechts gleich, warnte Mulino den Amtskollegen im Weissen Haus. Vorsorglich rief die gemässigt konservative Regierung von Panama die Charta der Vereinten Nationen an und alarmierte auch den 15-köpfigen Sicherheitsrat der UNO.

Noch schärfer verurteilte das Staatsoberhaupt von **Honduras**, die linksgerichtete Xiomara Castro, Trumps Pläne in der Region. Jegliche Sanktion oder andere Art von Repressalien würde die Regierung in Tegucigalpa als «feindseligen Akt gegen Honduras» betrachten, sagte sie laut dem Online-Portal «amerika21». In den letzten Monaten ist der Ton zwischen den Regierungen in Honduras und den USA merklich schärfer geworden. Umstritten ist nicht nur ein Vertrag, der die Auslieferung von geständigen Rauschgifthändlern an die Amerikaner regeln soll. Auch beharrliche Gerüchte über Umsturzpläne gegen die Regierung Castro und deren Widerstand gegen die zeitlich unbegrenzte Präsenz von US-Truppen auf dem Stützpunkt Palmerola im Landesinnern haben zu einer schrittweisen Vergiftung der Beziehungen beigetragen.

Kolumbien: Trump erzwingt Abschiebungen mit Zöllen

Wie Donald Trump Zoll-Drohungen als politisches Druckmittel einsetzt, hat sich jüngst exemplarisch in **Kolumbien** gezeigt. Präsident Gustavo Petro verweigerte zwei US-Militärmaschinen mit abgeschobenen Migranten die Landeerlaubnis. Kurzerhand kündigte Trump an, er werde sogenannte «Notzölle» in Höhe von vorerst 25 Prozent, später 50 Prozent, auf kolumbianische Importwaren verhängen lassen. Zudem drohte er dem Land mit weiteren Sanktionen. Kolumbiens Staatschef Petro gab sich zunächst kämpferisch und kündigte ebenfalls Zölle an – doch letztlich knickte die Regierung ein und stimmte allen Bedingungen Trumps zu.

Ein weiteres Thema beschäftigt derzeit in Kolumbien: Nach heftigen Kämpfen rivalisierender Rebellengruppen mit mindestens 100 Toten hat Präsident Gustavo Petro den Notstand ausgerufen. Damit droht dem Land die Rückkehr in eine düstere Vergangenheit, die dieser Nation seit 1948 – der Ermordung des linksliberalen Politikers Jorge Eliécer Gaitán – endloses Leid und Gewalt mit Hunderttausenden Toten beschert und Millionen Menschen zur Flucht und Emigration getrieben hat.

EU wetteifert mit China um die Gunst Lateinamerikas

Noch vor wenigen Wochen wurde die Unterzeichnung des Handelsvertrags zwischen der **Mercosur**-Gruppe und der Europäischen Union gefeiert. Dabei müssten die Verantwortlichen in beiden Lagern eigentlich wissen, dass dieses Abkommen noch längst nicht in trockenen Tüchern ist. Es muss von den Parlamenten aller beteiligten Länder ratifiziert werden, was auf südamerikanischer Seite wahrscheinlich viel leichter zu erreichen sein wird als bei den Mitgliedstaaten der EU. Kommt hinzu, dass die Vertragspartner im Norden der Erdkugel in den vergangenen drei Jahrzehnten mühsamster Beratungen die Latinos oft als zweitrangige Partner zu behandeln schienen.

Unterdessen bekundet auch China seine wirtschaftlichen Interessen in der Region und hat seine Aktivitäten deutlich ausgebaut, wie im *«IPG-Journal»* ausgeführt wird. Mit einer Fülle von bemerkenswerten Einzelheiten erfahren wir, wie in diesem Wettlauf um die Gunst des Subkontinents gekämpft wird. Dass dieser dabei letztlich – nach wie vor – vor allem als Rohstofflieferant dienen soll, ist nicht zu übersehen.

Durchgezogene Bilanz in Argentinien und Brasilien

Argentiniens Tageszeitung *«Ámbito»* hat den Jahreswechsel zum Anlass genommen, um nach einem Jahr radikal-libertärer Wirtschaftspolitik der Milei-Regierung erste Bilanz zu ziehen. Was die nackten Zahlen, die hier aufgelistet werden, für Hunderttausende Landsleute bedeuten, die inzwischen vor allem aus dem unteren Mittelstand in die Armut oder noch tiefer ins Elend abgerutscht sind, kann man sich denken. Zwar gibt es gewisse Indizien, dass die Talsohle erreicht sein könnte. Gleichzeitig stellt sich aber die Frage, wie viel sozialen Schaden die *«Kreissägepolitik»* von Milei angerichtet hat. Manche Sachverständige sind der Meinung, dass sich Argentiniens Ökonomie heute nahe beim *«Tod durch Ersticken»* befinde.

Bilanz wird auch in **Brasilien** gezogen, und zwar bei Halbzeit im dritten Mandat von Präsident Lula da Silva. Gestützt auf statistisches Material, das zur Hauptsache von der alternativen Medienplattform *«Brasil de fato»* recherchiert und von *«amerika21»* ergänzt wurde, ergibt sich der Trend zu einer generellen Verbesserung bei den Lebensbedingungen der ärmeren Bevölkerungsteile.

Dem widersprechen teilweise Aussagen von Personen, die auf dem Boden der sozialen Realität stehen und vor übermässiger Zuversicht warnen. João Pedro Stedile, Vorsitzender der landesweit organisierten MST (Landlosenbewegung), wirft der Regierung ohne Umschweife vor, so gut wie nichts für die Agrarreform, das wichtigste Anliegen grosser Teile der Landbevölkerung, unternommen zu haben. Laut einem Bericht in *«amerika21»* warten 65'000 brasilianische Bauernfamilien seit Jahren, wenn nicht Jahrzehnten auf die Verwirklichung von Versprechen amtlicher Instanzen. Stattdessen sind die Besitzlosen wachsender Bedrohung durch Banden im Dienst von Grossgrundbesitzern ausgesetzt. Auch darüber hat *«amerika21»* berichtet.

Politischer Kurswechsel in Venezuela

Verblüffende Pirouetten vollzieht die Politik mittlerweile in **Venezuela**. Vom *«Sozialismus des 21. Jahrhunderts»*, den Hugo Chávez den Massen von Parteigängern einst versprach, ist sein Nachfolger Nicolás Maduro inzwischen weit entfernt. Nach einem langen Abstieg der einst reichen und bürgerlich-demokratisch regierten Erdölnation bewegt er sich in raschen Schritten auf einen *«autoritären Kapitalismus»* hin. *«BBC Mundo»* hat diverse Wirtschafts- und Sozialforscher aus universitären Kreisen befragt, um die Hintergründe dieses überraschenden Wandels zu verstehen. Wie kommt es, dass der US-amerikanische Erdölgigant Chevron plötzlich eine Joint Venture mit der einheimischen Staatsfirma PDVSA bilden kann? Unter welchen Bedingungen darf der indische Jindal-Konzern die reichen Eisenerzvorkommen im Orinoco-Gebiet ausbeuten?

Auf Seiten lokaler Unternehmer freut man sich über den unverhofften Kurswechsel der Regierung Maduro. Obwohl bei den letzten Wahlen im Juli 2024 vermutlich nicht alles mit rechten Dingen zugeht, hört man einen Mann des Unternehmerdachverbands Fedecámaras jubeln, die Entwicklung in Venezuela sei nunmehr *«sehr positiv»*. Es sei ein Verhandlungsprozess in Gang gekommen und dabei finde *«ein wirklicher Dialog»* statt. Warmen Applaus erntet der üblicherweise autoritär auftretende Staatschef auch dafür, dass in den letzten Monaten nicht weniger als 48 früher verstaatlichte Betriebe wieder reprivatisiert worden sind.

Ein Staat, der nicht mehr für das Gemeinwohl sorgt, delegitimiert sich selbst

Von Uwe Froschauer, Januar 17, 2025

Wahrscheinlich empfinden Politiker wie Nancy Faeser, Robert Habeck, Lisa Paus und Consorten den Titel dieses Artikels bereits als Delegitimierung. Das ist jedoch für Antidemokraten nichts Aussergewöhnliches. Sie bezeichnen vermutlich alles das als Delegitimierung, was ihre Selbstherrlichkeit und Willkür in Zweifel zieht.

Der Begriff *«Legitimierung»* bezeichnet die Rechtfertigung und Begründung von bestehenden Ordnungen, Zuständen, Prozessen und Regeln. Auf dieser Basis rechtfertigen Politiker ihre Handlungen für den Staat.

Der Begriff «Delegitimierung» beschreibt Prozesse, die die Rechtmässigkeit einer Sache beargwöhnen und angebliche Tatsachen bezweifeln. Im Prozess der Delegitimierung wird die Rechtmässigkeit von Regelungen und Prozessen in Frage gestellt und eventuell aufgehoben, das heisst als nicht mehr rechtens angesehen.

Delegitimierung des Staates in der Corona-Plandemie

Die Querdenker-Bewegung im Verlauf der Corona-Plandemie stellte einen berechtigten Delegitimierungsprozess des Staates dar. Die Rechtmässigkeit staatlicher Handlungen zweifelten die als Covidioten, Verschwörungstheoretiker, Aluhutträger und so weiter diffamierten, etikettierten und diskreditierten Demonstranten zu Recht an. Die Rechtmässigkeit der Coronamassnahmen war nicht mehr gegeben. Die Offenlegung der RKI-Protokolle zeigt zweifelsfrei, dass die Entscheider wider besseres Wissen grundrechtsverletzende Handlungen vornahmen. Sie handelten nicht mehr legitim.

Ein Staat, der nicht mehr für das Gemeinwohl sorgt, delegitimiert sich selbst. Allein der Umstand, dass die Politiker und ihren medialen Prostituierten die aus allen sozialen Schichten stammenden, unterschiedlichen Ideologien und Religionen anhängenden Bürger in die «rechte» Ecke stellten, rechtfertigte eine Delegitimierung dieses Staates, der definitiv nicht mehr das Wohl des Volkes im Auge hatte.

Die staatliche Informationsweitergabe über ihre Propagandaorgane – alias Mainstream-Medien, basierend auf den Ergebnissen ihrer Experten, war nicht nur einseitig, sondern zum Teil auch Fake. Andere Meinungen und Ergebnisse wurden als Lügen diffamiert und ihre Verkünder als Volksschädlinge etikettiert.

Die unfreien Medien und die Politik präsentierten während des Coronabetrugs nur wissenschaftliche «Experten», die durch Drittmittelforschung ihre Treue zur Pharmaindustrie unter Beweis gestellt haben.

Die Wissenschaftsfreiheit in Deutschland wurde im Jahr 2002 mit der Einführung der sogenannten W-Besoldung – eine Unterteilung in ein relativ geringes Grundgehalt und leistungsabhängige Zulagen – mehr oder weniger begraben. Die Leistungszulagen sind meist zu Prämien für angepasstes, regierungsnarrativkonformes Verhalten verkommen. Dieses wissenschaftsfeindliche Verhalten fördert wiederum die Drittmittelforschung, bei der Unternehmen universitäre Forschungsprojekte finanzieren. Zu welchen Ergebnissen werden Wissenschaftler wohl kommen, wenn sie beispielsweise vom Pharmaunternehmen Pfizer gefördert werden?

Diese wissenschaftlichen Prostituierten werden die Hand, die sie füttert, nicht beißen und die gewünschten Ergebnisse liefern. Wissenschaftler, die nicht die herrschende, finanzierte Meinung vertreten, bekommen keine Drittmittel und keine Zulagen. Wissenschaftler mit der Fähigkeit zum eigenen Denken in alle Richtungen wurden diffamiert. Die offiziellen, ebenfalls eliteinstruierten Medien veröffentlichten nur noch eine Meinung. Eine gekaufte Wissenschaft kann ihren verfassungsmässigen Auftrag nicht erfüllen, ebenso wenig wie gekaufte Medien – siehe beispielsweise Gates-Stiftung und Spiegel oder George Soros und Medien. Wer seine verfassungsmässigen Aufgaben nicht mehr erfüllt, arbeitet gegen die Demokratie und damit gegen ihre Bürger.

Wenn der Staat beziehungsweise seine Protagonisten sowie seine medialen und wissenschaftlichen Prostituierten Mist bauen, haben die Bürger das Recht – in meinen Augen die Pflicht – den Staat zu delegitimieren. Im Grundgesetz, das den Bürger vor einem übergriffigen Staat schützen soll, ist dieses Recht in Artikel 20, Absatz 4 festgeschrieben.

Das als «Querdenker-Bewegung» bezeichnete, richtige und rechtmässige Entgegenreten von Klardenkern gegen einen übergriffigen Staat lehnte sämtliche, von den Entscheidern zum Zwecke der angeblichen Eindämmung der Pandemie getroffenen Massnahmen ab. Diese Freiheitsbewegung forderte die Inhaftierung verschiedener Politiker und die sofortige Beendigung aller Coronamassnahmen – und das zu Recht, wie sich herausstellte. Mein Vertrauen in die Politik und seine Organe, in die Medien, in die Wissenschaftler, in die Ärzte und auch in die Gesellschaft, die sich zu einem grossen Teil mit dem Coronabetrug aufgrund von Unbeziehungsweise Falschinformiertheit solidarisch erklärte, hält sich seit den letzten vier Jahren in Grenzen.

Politiker verstiessen in dieser Zeit in eklatanter Form gegen das Grundgesetz, das durch eine unrechtmässige Modifikation des Infektionsschutzgesetzes ausgehebelt wurde. Die Coronamassnahmen hatten Freiheitsberaubung und enorme Gesundheitsschädigung der Menschen zur Folge.

Der Staat handelte illegitim. Die Unrecht praktizierenden Politiker wehren sich bis heute gegen eine seriöse Aufarbeitung der Geschehnisse.

Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates

Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) fasst das Handeln von Gruppen wie der «Querdenker-Bewegung» unter dem Begriff «Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates» zusammen. Damit bezeichnet der Verfassungsschutz vornehmlich Bestrebungen, die weder dem Links- noch dem Rechtsextremismus eindeutig zugeordnet werden können. Der Begriff «verfassungsschutzrelevant» ist so zu deuten, dass die Behörden sich im Fall der «Querdenker» nicht sicher waren, ob es sich bei dieser Bewegung um erlaubte Kritik oder bereits um eine Delegitimierung des Staates handelte.

Auf der Seite des Deutschen Bundestags ist zu lesen:

(...) Bereits seit 2021 besteht beim BfV ein neu eingerichteter Phänomenbereich «verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates», der Bestrebungen erfasst, «die durch die systematische Verunglimpfung und Verächtlichmachung des auf der freiheitlichen demokratischen Grundordnung basierenden Staates und seiner Institutionen beziehungsweise Repräsentanten geeignet sind, das Vertrauen der Bevölkerung in diese Grundordnung zu erschüttern ...»

Das wäre ja alles auch schön und gut, wenn die freiheitliche demokratische Grundordnung in dieser Zeit bestanden hätte.

Es war auf keinen Fall als demokratisch zu werten, wenn Menschen ohne jede Not Masken tragen, ab 21 Uhr zu Hause bleiben, Kinder auf Unterricht verzichten oder sich unter Tränen Stäbchen in die Nase bis kurz unter das Gehirn rammen mussten. Es war keinesfalls als demokratisch zu werten, dass gegen die Minderheit der Ungeimpften in einer Form gehetzt wurde, wie es Deutschland nur aus den dunkelsten Zeiten seiner Geschichte kennt.

Die Querdenker-Bewegung war vor allem ein Protest aus der Mitte der Gesellschaft, den aber auch linke und rechte Kräfte zur Verfolgung ihrer Ziele nutzten. Die Regierungen in Coronazeiten hätten sich fragen müssen, warum aus allen Teilen der Bevölkerung ein Argwohn gegen die Coronamassnahmen gehegt wurde. Das haben sie in ihrem Machtrausch und ihrer Machtbesessenheit jedoch nicht – ganz im Gegenteil! Die Protagonisten des Parteienkartells überboten sich geradezu in ihren Verboten und Verschärfungen der Massnahmen, die vom Verfassungsgericht, dem Ethikrat unter Vorsitz von Alena Buyx und der Ständigen Impfkommission (STIKO) grösstenteils durchgewunken wurden.

In Anbetracht dieser unwiderlegbaren Tatsachen fällt es schwer, dem Staat und seinen Institutionen beziehungsweise Repräsentanten, die sich auch keiner seriösen Aufarbeitung stellen wollen, zu vertrauen. Und hier muss doch die Frage gestellt werden, wer eigentlich den Staat delegitimiert, oder sehe ich das falsch? Auf der Seite des Deutschen Bundestages ist überdies zu lesen:

«Die Bundesinnenministerin hat im Februar 2024 gemeinsam mit den Präsidenten des Bundeskriminalamtes und des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) beabsichtigte Massnahmen gegen Rechtsextremismus vorgestellt. In diesem Sachzusammenhang wurde unter anderem erklärt: «Diejenigen, die den Staat verhöhnen, müssen es mit einem starken Staat zu tun bekommen.»»

Frau Faeser, den Satz kann man auch anders formulieren:

«Diejenigen, die das Gemeinwohl verhöhnen, müssen es mit starken Bürgern zu tun bekommen.»

Menschen wie Nancy Faeser, die ja besonders gerne den Begriff «Demokratie» verwenden, haben die Bedeutung dieses Wortes nahezu ins Gegenteil verkehrt. Demokratie bedeutet «Volksherrschaft» Frau Faeser, und nicht «Herrschaft gegen das Volk».

Ihr Politiker solltet «Volkstreter» und nicht «Elitentreter» sein in «Unserer Demokratie», die vielleicht die Eurige, aber schon lange nicht mehr die des Volkes ist.

Zum Thema «Unsere Demokratie» hat sich auch mein Weggefährte Georg Ohrweh wieder zu Wort gemeldet. Hier seine Zeilen:

«Die unsere demokratische Bundesrepublik Deutschland ist derzeit so demokratisch wie die Deutsche Demokratische Republik es war.»

Sehr geehrte Claudia Roth,

der Verfasser hat nicht die geringste Absicht, Sie zu verunglimpfen. Im Gegenteil, es ist die wohlwollende Empfehlung eines schon älteren Mannes – sofern Sie mir meine geschlechtliche Identität verzeihen mögen –, der Ihnen dringend empfehlen möchte, den Pfad, den Sie gehen, umgehend zu verlassen.

Wenn man sich einmal mit einer Ideologie infiziert hat, wird das gesamte Denken durch sie vergiftet. Je weiter die Vergiftung fortgeschritten ist, umso mehr hält man seine Gedankengänge für normal. Man gewöhnt sich daran. Vergleichbar mit einer langsamen, schleichenden Arsenvergiftung, die unweigerlich zum Tod führt, in Ihrem Fall zum politischen Tod.

Vergiftungserscheinung:

In einer Ihrer jüngsten Aussagen behaupten Sie: «Der Bundespräsident repräsentiert unser Land. Wer den Bundespräsidenten verunglimpft, der verunglimpft Deutschland.»

Das hat nicht nur den «Charme» von Majestätsbeleidigung, die Sie möglicherweise mit Ihrer Aussage verbinden, nein, das ist noch viel schlimmer: Das ist Nazi-Sprech!

Sie brauchen nur das Wort Bundespräsident durch Führer zu ersetzen, und schon passt es.

Denn inzwischen sehen einige in den Nazis, den National-Sozialisten nicht extreme Rechte, sondern extreme Linke! Und da der Begriff rechts, rechtsextrem oder gesichert rechtsextrem ja inzwischen für alles gebraucht wird, was der Ideologie der Grünen widerspricht, die Grünen sich selbstverständlich von allem, was in Richtung rechts geht, maximal distanzieren, bleibt zur politischen Einordnung nur das linke Feld übrig. Wie weit und wie extrem und wie gesichert liegt im Auge des Betrachters.

Und Herr Steinmeier repräsentiert aktuell alles andere als Deutschland, den Staat oder gar das Volk – was war das nochmal? –, sondern ausschliesslich die politische Kaste, der er selbst angehört beziehungsweise die Interessen der Transatlantiker.

Wenn Herr Steinmeier nicht in der Lage ist, mit Kritik und sogar möglichen Verunglimpfungen, berechtigt oder unberechtigt, umzugehen, dann gehört er nicht in die Politik und schon gar nicht an die Spitze eines Staates, sondern zum Beispiel eher in ein Gewächshaus, um sich dort liebevoll um die Pflege von Mimosen zu kümmern.

Anhand von weiteren Polit-Exemplaren dieser empfindlichen Sorte, teilweise mit Shampoo-Allergie, würde das Gewächshaus sehr schnell recht voll werden. Stattdessen werden Denunziierungsportale – also digitale Stasi-Behörden ausserhalb der eigentlichen Politik – eingerichtet, um Schaden nicht vom deutschen Volk, sondern von der politischen Kaste abzuwenden. Was das noch mit Demokratie zu tun hat, erschliesst sich dem Verfasser nicht.

Das auszusprechen, ist keine Verunglimpfung, sondern die Wahrnehmung des demokratisch geprägten Souveräns – wer war das nochmal? –, ja, der Bürger, von denen viele durch eine Wahl der politischen Kaste ihr Vertrauen ausgesprochen haben, dass diese insgesamt leider vielfältig missbraucht hat.

Diese Meinungsäusserung ist in einer funktionierenden Demokratie absolut zulässig, in einer Demokratie, in der ein Austausch zwischen der Politik und dem Volk stattfindet.

In einem System mit Unsererdemokratie entsteht eine in sich geschlossene Verbrüderung, die genau wie im öffentlich-rechtlichen Rundfunk alle Möglichkeiten ausschöpft, sich unangreifbar zu machen und unter sich zu bleiben. Dem Machtmissbrauch sind so alle Türen und Tore weit geöffnet. Wie wir derzeit sehen, auch mit einer massiven Einschränkung der Meinungsfreiheit. In der Politik durch den Digital Service Act, im ÖRR durch bewusstes Weglassen von Informationen oder das Verbreiten von Halbwahrheiten, auf jeden Fall aber immer schön staatskonform. Und die Journalisten sind willige Erfüllungsgehilfen, statt, was eigentlich ihre Aufgabe wäre, ständig die Entscheidungen der Politik kritisch zu hinterfragen. Man könnte das auch Waschlappen-Journalismus nennen.

Die Politiker müssen uns, dem Volk, nicht ihre Unsererdemokratie erklären, weil wir nicht intelligent genug sind, sie zu verstehen, sondern wir, die mündigen Bürger müssen den Politikern klar machen, dass wir ihre Unsererdemokratie nicht wollen, weil wir mit einer ganz normalen, funktionierenden Demokratie einschliesslich einer Meinungsfreiheit, wie wir sie einmal hatten, schon sehr zufrieden wären.

Beim Durchdrücken-Wollen von Unsererdemokratie besteht die grosse parteiübergreifende Gefahr, dass bei der Umsetzung von Ideologien ein Fanatismus entsteht, der in vielerlei Hinsicht geeignet ist, so nahe wie möglich an die bisher dunkelste deutsche Geschichte heranzukommen.

Macht doch einfach gute Politik fürs Volk! Dann haben wir, das Volk, auch nichts zu meckern.

Dass insbesondere die Mitglieder der Keine-Waffen-in-Kriegsgebiete-Partei offensichtlich nur Vorschulkenntnisse in deutscher Geschichte haben, sieht man aktuell an der digitalen Kanzlerwerbung, die ohne vorherige Genehmigung auf das Siegestor in München projiziert wurde.

Ausgerechnet auf einem von den Nazis missbrauchten öffentlichen Ort. Hier kommt ein gewisser Grössenwahn zum Ausdruck, der Deutschland schon einmal in den Ruin getrieben hat. Und von all dem abgesehen: Wer ist überhaupt auf die Idee gekommen, ein öffentliches Bauwerk mit digitaler Wahlwerbung zu beschmieren? Gott sei Dank ist dieser Schmiererei durch Verbot ganz schnell ein Ende bereitet worden.

Noch eine Frage bleibt offen: Wer delegitimiert hier eigentlich den Staat?

Daher mein dringender Appell an alle Verirrten: Kehren Sie sofort um! Halten Sie inne und machen Sie sich bewusst, dass Sie sich auf dem Holzweg befinden und damit ein ganzes Land in den Abgrund reissen! Wir, das Volk, wollen das nicht, und viele von uns erkennen eure Politik nicht mehr als rechtmässig und grundgesetzkonform.

Georg Ohrweh»

Wie immer, gut gebrüllt Löwe!

Georg Ohrweh und ich sind nicht die einzigen, die mit der Faeserschen Auslegung der Parole «Delegitimierung des Staates» Schwierigkeiten haben.

Im BSW-Newsletter vom 24. Dezember 2024 schrieb Sahra Wagenknecht unter anderem:

«Warum konnte der Anschlag von Magdeburg nicht verhindert werden?

Der schreckliche Anschlag auf den Weihnachtsmarkt mit seinen vielen Opfern lässt in diesen Tagen vieles in den Hintergrund treten. Unsere Gedanken sind bei den Opfern und ihren Verwandten. Es ist unfassbar und macht wütend, dass es erneut einem Täter in Deutschland gelungen ist, so viele unschuldige Menschen zu verletzen und zu töten, obwohl er den Behörden durch seine öffentlichen Drohungen bekannt war. Auch dieses Staatsversagen muss aufgearbeitet werden. Statt Bürger für kritische Meinungsäusserungen zu verfolgen und den Verfassungsschutz auf eine angebliche «Delegitimierung des Staates» anzusetzen, müssen die Ressourcen unserer Sicherheitsbehörden für die Bekämpfung des Terrors eingesetzt werden.»

Diese Zeilen werden Frau Faeser, die hier unschwer erkennbar indirekt angesprochen wurde, gar nicht gefallen haben. In meinen Augen hat Nancy Faeser als Bundesinnenministerin total versagt. Diese Dame hat nicht nur Angst vor den Bürgern, deren Meinungsfreiheit sie begrenzen möchte, sondern auch Angst, aus den eigenen Reihen torpediert zu werden. Die Angst der Tyrannen vor den eigenen Palastwachen wächst. Die Innenministerin will «alle Instrumente des Rechtsstaats nutzen», um die Demokratie zu schützen. Aus dem Munde von Frau Faeser klingen diese Worte wie Hohn in meinen Ohren. Auf der Seite der Bundesregierung ist seit dem 17. November 2023 unter anderem zu lesen:

«Wer den Staat ablehnt, kann ihm nicht dienen.»

Durch ein neues Gesetz will die Bundesregierung Verfassungsfeinde schneller aus dem öffentlichen Dienst entfernen. Für Bundesinnenministerin Faeser ist das eindeutig: «Jeder Extremismusfall muss klare Konsequenzen haben.»

Kein Platz für Verfassungsfeinde

Der Bundestag hat auf Initiative der Bundesregierung ein Gesetz zur Beschleunigung von Disziplinarverfahren in der Bundesverwaltung und zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften beschlossen.

«Mit einem entsprechenden Gesetz wird nun ein Auftrag aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt», so die Bundesinnenministerin. «Ziel ist es, die Integrität des öffentlichen Dienstes sicherzustellen.»

Meines Erachtens sollen mit solch einem Gesetz kritische Denker, die nicht gänzlich mit dem System einverstanden sind, unter Druck gesetzt und gegebenenfalls verfolgt werden. Widersacher der Protagonisten des mittlerweile maroden politischen Systems sollen mundtot gemacht werden. Dieses Gesetz fordert bedingungslosen Gehorsam gegenüber dem kaputten, sich zum Totalitarismus gewendeten Regime. Richter beispielsweise werden aufgrund eines solchen Gesetzes immer weniger «Recht» sprechen – wie wir es bereits in der Coronadiktatur erlebten – und vorzugsweise den Erwartungen des Systems und ihrer Politdarsteller entsprechen. «Verantwortungsethiker», die ihrem Gewissen folgen, sollen durch zombiehafte «Gesinnungsethiker», die fremdgesteuert einer Autorität folgen, ersetzt werden.

Mittlerweile scheint es angebracht, die Verfassung vor dem der Bundesinnenministerin unterstellten Verfassungsschutz zu schützen, der gegen Menschen vorgehen soll, die lediglich ihr Recht auf Meinungsfreiheit ausüben, aber aus Sicht des Bundesinnenministeriums den Staat angeblich delegitimieren.

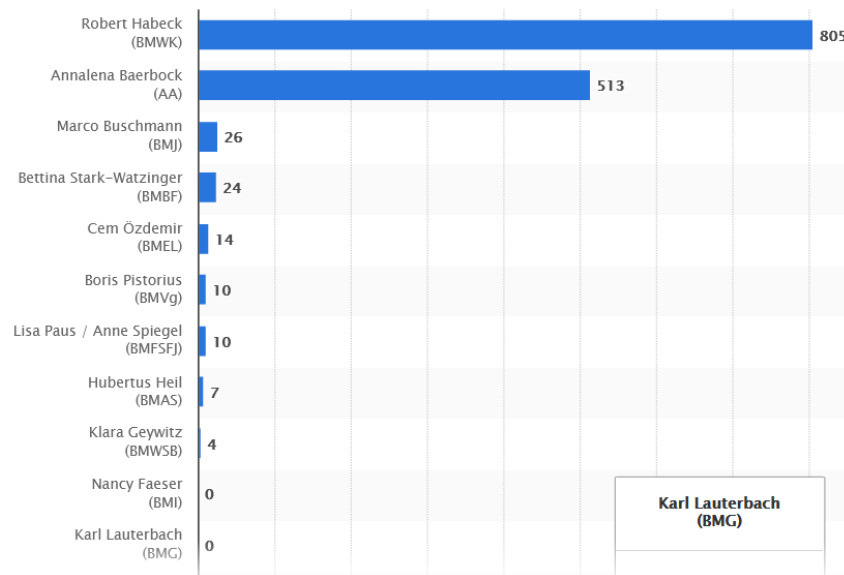
Bei der antidemokratischen Konstruktion «Weisungsgebundenheit des Verfassungsschutzes» ist es nicht möglich, dass der Verfassungsschutz beispielsweise gegen die antidemokratischen Machenschaften von Nancy Faeser vorgeht. Auch die faktische Abhängigkeit der Staatsanwaltschaft vom Justizministerium ist in einer angeblichen Demokratie doch recht fragwürdig. Gewaltenteilung ist bei solchen Konstellationen kaum praktikierbar, und endet bei Fortführung dieser antidemokratischen Ideologie bei einer DDR 2.0.

«Wer den Staat ablehnt, kann ihm nicht dienen», verkündete die noch amtierende Innenministerin auf der Website der Bundesregierung. Der Meinung bin ich auch. Deshalb sollten Sie, Frau Faeser, auch schnellstens Ihren Posten räumen. Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen! Eine Innenministerin, die offenbar willkürlich im Oktober 2022 die Versetzung des damaligen Präsidenten des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI), Arne Schönbohm, veranlasst hat, und den Verfassungsschutz zur Verfolgung eigener Ziele missbraucht, sollte ihres Amtes enthoben werden. Nicht Beamte in «Unserer Demokratie», die ihre Meinung kundtun, delegitimieren den Staat, sondern Sie, Frau Faeser, höhlen «Unsere Demokratie» aus! Gut, dass Herr Schönbohm Sie jetzt verklagt hat, Frau Faeser.

Für die Bundesinnenministerin ist jeder ein Extremist, der sich nicht linientreu «ihrer Majestät» gegenüber verhält, ob das jetzt ein Bürger, der sein Recht auf freie Meinungsäußerung ausüben möchte, oder ein Beamter ist, der beispielsweise den Irrsinn der Coronamassnahmen erkannt hatte und nicht mehr mitspielen wollte. Wer A sagt, muss nicht automatisch B sagen, er kann auch erkannt haben, dass A falsch war. Solche Sinnsprüche passen natürlich nicht in die totalitäre Denkweise einer Nancy Faeser, für die Meinungspluralismus und Meinungsfreiheit, in der es keine «falschen» Ansichten gibt, Fremdwörter sind. Sie und Ihresgleichen sind nicht Opfer, Frau Faeser, sondern Täter.

Dünnhäutige Politiker

Für «Majestätsbeleidigung» wollen diverse Polit-Mimosen unzufriedene, ihre Meinung äussernde Bürger bluten lassen. Spitzenreiter ist der vom Kinderbuchautor zum Wirtschaftsminister mutierte Robert Habeck. Position zwei nimmt die ehemalige Trampolinspringerin und noch amtierende Bundesausenministerin Annalena Baerbock ein. Es ist schon auffällig, dass gerade die Unfähigsten unter den Ministern die Positionen eins und zwei in diesem Wettbewerb einnehmen. Die Korrelation zwischen Grad der Unfähigkeit und Anzahl der Anzeigen scheint unbestreitbar. Nachfolgend eine Statistik über die Anzahl der Strafanzeigen durch Bundesminister in Deutschland im Zeitraum vom 26. September 2021 – nach der Bundestagswahl – bis August 2024:



<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1493232/umfrage/strafanzeigen-durch-bundesminister-in-deutschland>

Ob Herr Habeck die Schallmauer von 1000 Anzeigen bis zum Ende seines Ministerdaseins wohl noch erreichen wird? Wer den Staat oder seine unfähigen Protagonisten verhöhnt, muss eben mit einer Anzeige rechnen. Meinungsfreiheit genießen nur Mitläufer, die anderen haben das Maul zu halten. Hätten diese Spitzenreiter ihren Amtseid ernst genommen, und Schaden vom Volk abgewendet, anstatt durch hirnverbrannte Wirtschafts- und Energiepolitik sowie Ukrainepolitik ihm Schaden zuzufügen, gäbe es auch weniger abschätzige Bemerkungen, nicht wahr? Und diese Worte sind in keiner Weise eine Delegitimierung des Staates, sondern lediglich eine Feststellung der Tatsachen. Und jetzt stellen Sie sich einmal vor, Robert Habeck wird Bundeskanzler. Okay, dieser worst case wird nicht eintreten, aber dennoch: Wenn die Obermimose auch noch Chef von Deutschland wäre, und Habeck Deutschland endgültig in den Abgrund befördern würde, hätten Rechtsanwälte und Staatsanwälte viel zu tun. Es würde wahrscheinlich Anzeigen hageln.

Fazit

Für die heutige Quintessenz möchte ich gerne Worte des Herausgebers der lesenswerten, monatlich erscheinenden «Ennericher Allgemeinen» (EnnAll), Eo Scheinder, zitieren: «Doch da diese Politik als zwingend und sozusagen als der Weisheit letzter Schluss vom politisch-medialen Komplex aus- und vorgegeben wird, gilt längst jede fundierte Kritik daran sowie der öffentlich gemachte Widerstand dagegen sozusagen als staatsfeindliche Hetze, beziehungsweise, wie es heute verquast heisst, als verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des (Links)Staates, weswegen dann ja auch die wachsende echte Opposition, die sich jenseits der erodierenden Systemparteien aus dem Volk heraus formiert hat, unablässig der rechten Hetze und der Spaltung angeklagt und daher als ein undemokratischer Störenfried ausgegrenzt wird.»

Dito! Mehr über diesen bemerkenswerten, unkonventionellen Redakteur und Journalisten unter

<http://www.eoscheinder.de/>

Quelle: <https://wassersaenge.com/>

INFOSperber
sieht, was andere übersehen.

5.02.2025

«In liberalen Demokratien sind Juden sicherer als in Israel»

Der Staat Israel sei erst sicher, wenn er alle Menschen im Land gleichbehandelt, sagt der jüdische Politik-Professor Peter Beinart.

upg.



Frieden zwischen Israelis und Palästinensern: Weiter davon entfernt denn je.
© davizro/Depositphotos

«Nur Menschen verfügen über Grundrechte, Staaten nicht»: Unter diesem Titel stellte Peter Beinart fest, dass das Existenzrecht Israels anders betrachtet werde als das Existenzrecht anderer Staaten. Der liberal-orthodoxe Jude und Professor für Journalismus und Politikwissenschaften an der City University of New York trat in einem Gastbeitrag der «New York Times» für einen anderen jüdischen Staat ein. Über diese Sicht informieren grosse Medien selten, weshalb wir sie hier dokumentieren.

Die entscheidendere Frage sei nicht das Existenzrecht eines Staates, sondern ob ein Staat die Rechte aller Menschen unter seiner Herrschaft schütze («States don't have a right to exist. People do»).

Bei Staaten wie Iran, China oder auch Georgien würden westliche Regierungen häufig fordern, dass die individuellen Rechte der Menschen respektiert werden. Wenn die individuellen Rechte schwer verletzt werden, würden sie Sanktionen verhängen und strebten einen Regimewechsel an.

Im Jahr 2017 argumentierte John Bolton, später nationaler Sicherheitsberater in der ersten Trump-Regierung, dass «die erklärte Politik der Vereinigten Staaten der Sturz des Mullah-Regimes in Teheran sein sollte». Im Jahr 2020 bezeichnete Aussenminister Mike Pompeo die Volksrepublik China als «marxistisch-leninistisches Regime» mit einer «bankrotten totalitären Ideologie». Bolton, Pompeo und andere hätten diese Länder nicht nur dazu gedrängt, einen bestimmten Machthaber zu ersetzen, sondern ihr politisches System zu ändern – und damit im Wesentlichen den Staat neu zu konstituieren.

Im Jahr 2020 erklärte Aussenminister Pompeo, dass die Gründer der USA der Ansicht waren, dass «die Regierung nicht dazu da sei, die Rechte des Einzelnen nach Belieben der Machthaber zu beschneiden oder aufzuheben, sondern sie zu sichern». Er stellte die rhetorische Frage, ob Staaten, welche individuelle Rechte verweigern, ein «Existenzrecht» in ihrer jetzigen Form hätten.

Im Januar 2025 versprach US-Aussenminister Blinken, dass die USA den Syrern beim Aufbau eines «inklusi-ven, nicht-sektiererischen» Staates helfen würden. Das Kriterium «inklusi-ven, nicht-sektiererischer Staat» wendet er beim Staat Israel, wie er heute existiert, offensichtlich nicht an.

Der Staat Israel werde nicht danach beurteilt, obwohl er die Palästinenser unter ihrer Kontrolle systematisch benachteilige, sagte Beinart. Doch laut Beinart sollten alle Staaten gleich beurteilt werden: Wahren sie die Rechte und Würde aller Menschen, die unter ihrer Kontrolle stehen?

Im Westjordanland und in Gaza seien die Araber entrechtet, obwohl sie unter Israels Herrschaft lebten. Israel kontrolliere den Luftraum, die Küste, das Bevölkerungsregister und die Landübergänge des Gazastreifens. Menschenrechtsorganisationen wie Human Rights Watch würden Gaza als «Freiluftgefängnis» bezeichnen.

Selbst die Palästinenserinnen und Palästinenser, die in Israel leben und «israelische Araber» genannt würden, seien rechtlich benachteiligt. Beispielsweise dienen Institutionen wie der Jüdische Nationalfonds nach eigenen Angaben primär jüdischen Interessen. Der Nationalfonds besetzt fast die Hälfte der Sitze in der staatlichen Behörde, die den Grossteil des Grund und Bodens Israels kontrolliert und verwaltet.

Ami Ayalon, der ehemalige Leiter des israelischen Inlandsgeheimdienstes Shin Bet, habe bereits vor dem aktuellen Krieg im Gazastreifen gewarnt: «Wenn wir weiterhin Demütigung und Verzweiflung verbreiten, wird die Hamas an Popularität gewinnen. Und wenn wir es schaffen, die Hamas von der Macht zu verdrängen, bekommen wir Al-Kaida. Und nach Al-Kaida kommt Isis, und nach Isis, weiss Gott, was kommt.»

Am 7. Oktober töteten Kämpfer der Hamas und des Islamischen Dschihad etwa 1200 Menschen in Israel und entführten etwa 240 weitere. Auf dieses Massaker reagierte Israel mit einem Angriff auf Gaza, bei dem nach Schätzungen des britischen Medizinjournalists «The Lancet» mehr als 60'000 Menschen getötet und die meisten Krankenhäuser, Schulen und landwirtschaftlichen Betriebe des Gazastreifens zerstört wurden. Beinart hält die Zerstörung des Gazastreifens für ein erschreckendes Beispiel dafür, dass es Israel nicht gelingt, das Leben und die Würde aller Menschen zu schützen, die seiner Autorität unterstehen.

«Ein jüdischer Staat kann nicht demokratisch sein»

Laut Beinart gibt es einen fundamentalen Konflikt zwischen der rechtlichen Vorrangstellung der ethno-religiösen Gruppe der Juden und dem demokratischen Prinzip der Gleichheit vor dem Gesetz. Er kritisiert, dass führende Juden in den USA an der Idee eines rein jüdischen Staates festhielten, selbst wenn die Rechte anderer Bevölkerungsgruppen dadurch verletzt würden.

Nach jüdischer Tradition seien Staaten lediglich Instrumente, um Leben zu schützen. Auch der orthodoxe israelische Denker Yeshayahu Leibowitz verlange, dass Staaten danach beurteilt werden sollen, wie sie ihre Menschen behandeln.

Doch die israelische Regierung und manche Juden im Westen würden eine Gleichstellung von Juden und Palästinensern ablehnen, weil sie am Konzept eines jüdischen Staates festhalten wollen.

Jüdische Führer und amerikanische Politiker seien gegen eine Gleichstellung von Palästinensern und Juden – «denn das würde das Existenzrecht Israels als jüdischen Staates in Frage stellen».

«Die Entrechtung der Palästinenser gefährdet letztlich auch die Juden»

Die Diskriminierung und Entrechtung der Palästinenser in Gaza, im Westjordanland und auch in Israel trage zur Radikalisierung der Palästinenser wesentlich bei und fördere Gewalt. Der Hamas-Angriff vom 7. Oktober habe gezeigt, dass der Staat Israel nicht in der Lage sei, das Leben aller Menschen unter seiner Kontrolle zu schützen.

Das stets vorgebrachte Argument der Sicherheit der Juden in Israel sei zweifelhaft: Tatsächlich seien Juden in liberalen Demokratien, wo sie rechtliche Gleichstellung genießen, sicherer als in Israel, wo sie ständig bedroht seien.

Anstatt Israel bedingungslos zu unterstützen, sollten sich US-Politiker und jüdische Organisationen für einen jüdischen Staat einsetzen, der die Rechte aller Menschen unter seiner Kontrolle schützt: «Eine inklusive und gerechtere Regierungsform gewährleistet Frieden und Sicherheit langfristig besser.»

NATO-Osterweiterung

Nachdenken über den Ukraine-Krieg unerwünscht?

«Ohne NATO kein Krieg in der Ukraine und ohne NATO-Osterweiterung keine russischen Truppen in der Ukraine!» Das sagt der Oberstleutnant a. D. der Bundeswehr Jürgen Rose.

Seine kritische Sicht ist nicht immer erwünscht. Im Gespräch mit Hintergrund spricht er über ein konkretes Beispiel und gleichzeitig über den Krieg in der Ukraine.

Von TILO GRÄSER | Veröffentlicht am 17.12.2024 in: Kriege

JÜRGEN ROSE Am 2. Juni letzten Jahres hatte ich eine Vortragsanfrage seitens der stellvertretenden Vorsitzenden des AMS, Angelika Dörfler, erhalten, die dessen Jahrestagung an der Universität der Bundeswehr München vorbereitete, die dort im November stattfinden sollte. In der Anfrage wurde ausdrücklich meine kritische Sicht betont und dass ich «das verbreitete Narrativ vom russischen Überfall und der heroischen Verteidigung der kleinen Ukraine gegen den groben Goliath kritisch hinterfragen» solle, «in intelligenter Weise – etwa so, wie auch Diplomaten Licht und Schatten wahrnehmen und beschreiben». Ich sei mit meiner militärischen Ausbildung und meinen Erfahrungen vorbereitet, «den Nebel des Krieges» zu durchdringen.



Plakat auf der Friedensdemo am 3. Oktober 2024 in Berlin, Mehr Infos **HINTERGRUND** Sie haben im Herbst 2023 vor dem «Arbeitskreis für Militär und Sozialwissenschaften e.V.» (AMS) einen Vortrag über den Krieg in der Ukraine gehalten. Der stiess dort auf Ablehnung und wurde nicht in den Tagungsband aufgenommen. Warum?

Foto: Rumien Milkow

In Anbetracht des eher bundeswehrraffinen Charakters des AMS war ich durchaus ein wenig erstaunt über dieses Ansinnen, interpretierte es jedoch im positiven Sinne als ein Angebot für einen offenen demokratischen Diskurs auf akademischem Niveau. Mit dieser Einschätzung hatte ich mich indes grundlegend getäuscht, wie sich später herausstellte. Denn offenbar hatte ich den Vorschlag der ausgewiesenen Kirchenhistorikerin (sic!) Dörfler hinsichtlich des kritischen Hinterfragens des vorherrschenden NATO-Mainstream-Propaganda-Narrativs über den Ukrainekrieg viel zu ernst genommen. Jedenfalls stiess der mir zugebilligte Kurzvortrag, den ich unter dem Rubrum «Mourir pour Kiev? – Geoökonomische und -politische Aspekte des Krieges in der Ukraine» gehalten habe, im Kreise der Zuhörer, die offenbar völlig argumentations- und erkenntnisresistent in ihrer NATO-Propagandablase verharrten, auf eisige Ablehnung, ja es verliessen sogar drei Teilnehmerinnen mit der Parole «Unerträglich» unter Protest den Raum – ein Vorgang, der in meiner langjährigen Vortragspraxis einzigartig war! Man muss sich das plastisch vorstellen: Da sitzen akademisch gebildete Menschen, die beanspruchen, Wissenschaftler zu sein, in einem Seminarraum an einer durchaus renommierten Universität und erweisen sich als völlig unwillig und unfähig, eine inhaltliche Position, die konträr zu ihrer persönlichen liegt, überhaupt nur anzuhören, geschweige denn konstruktiv zu diskutieren – diese Haltung lässt sich nur als intellektuelles Armutzeugnis begreifen. Es war daher kaum verwunderlich, dass in der kurzen, sich an meinen Vortrag anschliessenden Diskussion überwiegend ablehnende bis feindselige Reaktionen zutage traten. Den Gipfel bildete schlussendlich der Umstand, dass mir die stellvertretende Vorsitzende mitteilte, dass sie es «nicht für sinnvoll [halte], [meinen] Beitrag in den Tagungsband aufzunehmen». Dieser Vorgang ist in der über fünfzigjährigen Geschichte des AMS absolut einmalig und schlichtweg skandalös, da hier seitens des Vorstandes Zensur in übelster Weise ausgeübt wird.

Wie inhaltlich haltlos und abwegig die Position des AMS ist, illustriert der Umstand, dass mehrere meiner Beiträge zum Thema Ukrainekrieg anderenorts problemlos publiziert wurden, darunter im Tagungsband der literarisch-akademischen «Kurt Tucholsky-Gesellschaft», der kürzlich unter dem Titel «Ist Tucholskys Verständnis von Pazifismus heute noch aktuell?» erschienen ist, sowie der umfangreiche Sammelband «Bedrohter Diskurs. Deutsche Stimmen zum Ukrainekrieg», zu dem insgesamt 54 namhafte AutorInnen beigetragen haben.

HINTERGRUND Das klingt nach «Cancel Culture» bei Militärhistorikern. Ist das ein Einzelfall?

ROSE Leider handelt es sich keineswegs um einen Einzelfall, wobei allerdings keineswegs nur Militärhistoriker betroffen sind, sondern all jene Menschen, die sich dem bellizistischen Zeitgeist entgegenstellen, die nach Frieden und Abrüstung rufen statt nach immer mehr Waffen und immer mehr Krieg und die hierfür vielfach unverblümt als «Lumpenpazifisten» diffamiert werden seitens zahlreicher politischer und journalistischer Claqueure des Krieges, die umgekehrt wohl am treffendsten als «Schurkenbellizisten» zu titulieren wären. Oder auch als «Sowjetgeneral» tituliert werden, wie der ehemaligen Bundeswehr-Generalinspekteur und langjährige Vorsitzende des NATO-Militärausschusses, General a. D. Harald Kujat, im Juli 2024 in der «Neuen Zürcher Zeitung». Als weitere prominente Opfer fallen mir zum Beispiel Ulrike Guérot ein oder Günter Verheugen und seine Lebensgefährtin Petra Erler oder auch Klaus von Dohnanyi. Das Hauptproblem besteht, seitdem die Russische Föderation ihren Angriffskrieg gegen die Ukraine begonnen hat, meines Erachtens darin, dass eine Spezies militärpolitischer GeisterfahrerInnen in den vermeintlichen «Qualitätserzeugnissen» einer Presse- und Talkshow-Meute, die sich USA- und NATO-hörig in vorauseilendem Gehorsam des eigenen Verstandes entledigt und freiwillig gleichgeschaltet hat, die rhetorische Luftherrschaft besitzt. Dass derartige Zustände mittlerweile auch in akademischen Kreisen herrschen, ist besonders erschreckend, denn eigentlich sollte man sich dort ein Beispiel nehmen an dem grossen Philosophen John Stuart Mill, der in seinem Werk «On Liberty» zu einem derartigen Procedere ganz trocken anmerkt: «Jedes Unterbinden einer Erörterung ist eine Anmassung von Unfehlbarkeit.»

HINTERGRUND Sie erleben nicht das erste Mal, dass Sie wegen Ihrer kritischen Sicht und Haltung unter Druck geraten. Gegen Sie gab es Disziplinar- und auch ein Gerichtsverfahren. Warum folgen Sie nicht einfach der befohlenen Linie?

ROSE Da ich gelernt habe – und zwar ironischerweise bei der Bundeswehr selbst, nämlich vor allem im Verlauf der nahezu zehn Jahre, die ich an der Universität der Bundeswehr München als Student und später als wissenschaftlicher Mitarbeiter verbracht habe –, dass der Soldat beim Betreten der militärischen Liegenschaft weder seinen Verstand noch sein Gewissen an der Kasernenwache abzugeben, sondern davon auch im Dienst reichlich Gebrauch zu machen hat. Zudem habe ich mich über viele Jahre hinweg mit dem Konzept der «Inneren Führung» auseinandergesetzt. Letztere kommt für die Streitkräfte der demokratisch verfassten Bundesrepublik Deutschland einer «Verfassung» gleich, bildet gleichsam das Grundgesetz für die Bundeswehr und wird zugleich oftmals auch als die «Philosophie» beziehungsweise «Führungsphilosophie» der Streitkräfte apostrophiert. Entworfen hatte diese während der Gründungsphase der neuen deutschen Bundeswehr der spätere Generalleutnant Wolf Graf von Baudissin in bewusster Abkehr vom traditionellen Verständnis vom Militär. Für den «Vater der Inneren Führung» bestand selbstredend keinerlei Zweifel daran,

dass diese Norm auch für seinen «Staatsbürger in Uniform» im Dienst der Bundeswehr uneingeschränkt gelten musste: «Soldatische Existenz heisst, in Verantwortung und Gewissenstreue zu leben», so Baudissin. Beim Soldaten handelt es sich nach seiner Auffassung unabdingbar um einen Menschen «mit Gewissen und Verantwortung», denn: «Anders kann er sich nicht sehen, ohne sich aufzugeben.» Den uniformierten «Funktionär im militärischen Bereich», für den der Befehl an die Stelle des Gewissens tritt, bezeichnet er als den «mechanisch-totalitäre[n] Soldat[en]» – auch der Terminus «Befehl-und-Gehorsams-Roboter» träfe wohl durchaus Baudissins Vorstellung. In diametralem Gegensatz zu derartigen Aberrationen beharrt er darauf, dass die Obrigkeit die Gewissensbindung des Einzelnen als letzte moralische Grundlage, als *Conditio sine qua non* der Menschenwürde anzuerkennen hat. Dementsprechend durchzieht die Forderung nach dem «ständig wache[n] Gewissen» des «Staatsbürgers in Uniform» wie ein roter Faden die Schriften und Reden Baudissins. Exakt diesen Vorstellungen des Militärphilosophen, Bundeswehrgenerals und späteren Friedensforschers Wolf Graf von Baudissin habe ich als aktiver Soldat versucht zu folgen.

HINTERGRUND Militär und Widerspruch scheinen grundsätzlich nicht zusammenzupassen ...

ROSE Ganz im Gegenteil, wie sogar höchstrangige Generäle konstatieren. So postulierte der vormalige Generalinspekteur der Bundeswehr, General Klaus Naumann, in Anlehnung an Graf von Baudissin gar eine soldatische Pflicht zur Gehorsamsverweigerung, als er in seinem Generalinspektorsbrief 1/1994 ausführte: «In unserem Verständnis von Rechtsstaatlichkeit und Ethik stehen dem Gehorsamsanspruch des Dienstherrn das Recht und die Pflicht zur Gehorsamsverweigerung gegenüber, wo eben diese Rechtsstaatlichkeit und Sittlichkeit mit dem militärischen Auftrag nicht mehr in Einklang stehen, der Soldat damit ausserhalb der freiheitlich-demokratischen Rechtsordnung gestellt würde.» Ich selbst habe diese Generalworte ernst genommen, vielleicht zu ernst ...

HINTERGRUND Was gab den inhaltlichen Anstoss für den Vorgang beim AMS? Was haben Sie in Ihrem Vortrag über den Krieg in der Ukraine gesagt?

ROSE Seit meinem Studium an der damaligen Hochschule der Bundeswehr München habe ich mich in Hunderten von Beiträgen in Fachzeitschriften und Fachbüchern, vielfach auch in den Tagungsdokumentationsbänden des AMS, mit sicherheitspolitischen Themen auseinandergesetzt. Was den Konflikt in der Ukraine angeht, geschah dies erstmalig im März 2014 nach dem vom Westen, insbesondere den USA, inszenierten rechtsradikalen Putsch auf dem Maidan in Kiew. Seitdem hatte ich diesen Konflikt im Blick, der sich ja im Kontext einer nach dem Ende des Kalten Krieges immer aggressiveren Politik der NATO unter Rädelsführerschaft der US-amerikanischen Imperialmacht entfaltete. Ohne dies in der eigentlichen Komplexität an dieser Stelle ausführen zu können, lässt eine genaue Analyse der Faktenlage nur einen einzigen möglichen Befund zu: Ohne NATO kein Krieg in der Ukraine und ohne NATO-Osterweiterung keine russischen Truppen in der Ukraine! Exakt diese Konklusion habe ich in meinem AMS-Vortrag vorgestellt und, soweit in der Kürze der Zeit möglich, begründet. Für das in seinem NATO-Propaganda-Narrativ gefangene Auditorium erschien dies offenbar als überhaupt nicht nachvollziehbar, obwohl es Dutzende renommierter (Politik-)Wissenschaftler, Diplomaten, Generäle und sogar den amtierenden CIA-Direktor William Burns gibt, die allesamt diese Konklusion teilen. Mir scheint, dass derzeit in Kreisen des AMS die Devise gilt, dass eine starke Meinung jederzeit fehlende Sachkenntnis zu ersetzen vermag.

HINTERGRUND Was sehen Sie als Ursachen des Krieges? Wäre dieser vermeidbar gewesen?

ROSE Hierzu haben sich ja unter anderem die ehemalige Bundeskanzlerin Angela Merkel und der vormalige französische Präsident François Hollande geäussert, als sie in Zeitungsinterviews bekundeten, dass die sogenannten Minsker Abkommen lediglich bezweckten, Zeit für die Aufrüstung der Ukraine und die Ausbildung der ukrainischen Streitkräfte nach NATO-Standards zu gewinnen. Der Ukrainekrieg wurde von der NATO, insbesondere den Verbündeten USA, Grossbritannien, Kanada, Polen und den baltischen Republiken, seit spätestens 2014 systematisch vorbereitet und herbeigeführt. Der Angriff vom 24. Februar 2022 wäre leichterhand vermeidbar gewesen, wenn die NATO auch nur im Ansatz bereit gewesen wäre, mit der russischen Regierung über die Verhandlungsvorschläge vom Dezember 2021 zu reden. Mittlerweile hat der bisherige NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg expressis verbis die Verantwortlichkeit der NATO für die Auslösung des Krieges in der Ukraine zugegeben, als er ausführte: «Man muss bedenken, dass seit der illegalen Annexion der Krim 2014 die NATO-Alliierten Zehntausende von ukrainischen Soldaten geschult haben, die jetzt an der Front stehen. Und wir haben sie ausgerüstet. Die ukrainische Armee ist jetzt wesentlich stärker, viel besser ausgerüstet als 2014. [...] Hintergrund war, was Präsident Putin im Herbst 2021 erklärte und dass er tatsächlich einen Vertragsentwurf geschickt hat, den die NATO unterzeichnen sollte, mit dem Versprechen, dass es keine weitere NATO-Erweiterung gebe. [...] Und das war eine Vorbedingung dafür, nicht in die Ukraine einzumarschieren. Das haben wir natürlich nicht unterschrieben. Das Gegenteil ist eingetreten. Er wollte, dass wir dieses Versprechen unterschreiben, niemals die NATO zu erweitern. [...] Also zog er in den Krieg, um die NATO, mehr NATO, in der Nähe seiner Grenzen zu verhindern.»

HINTERGRUND Wird dieser Stellvertreterkrieg des Westens gegen Russland auf ukrainischem Boden am Ende doch auf dem Schlachtfeld entschieden? Die Friedensverhandlungen im Frühjahr 2022 wurden vom Westen torpediert, russische und andere Vorschläge für neue Verhandlungen ignoriert. Für Kiew zählt anscheinend weiter nur ein Siegfrieden mithilfe westlicher Waffen. Wie soll das enden? Welche Chancen gibt es noch für eine Verhandlungslösung (angesichts der Lage Ende August 2024)?

ROSE Aus meiner Sicht bleibt der Ausgang des Krieges bis auf Weiteres im Pulverdampf verborgen, obwohl die Zeit zugunsten Russlands zu arbeiten scheint. Den in meinen Augen realistischsten Vorschlag für eine zumindest vorläufige Konfliktregelung hat im April letzten Jahres Richard N. Haass, ehemaliger Präsident des einflussreichen Thinktanks «Council on Foreign Relations» und Berater des US-Aussenministers Colin Powell, gemeinsam mit dem Politikwissenschaftler Charles Kupchan, vormals Europa-Chefberater von US-Präsident Barack Obama, formuliert. Den Ausgangspunkt ihres Vorschlages bildet die Prognose, dass das wahrscheinlichste Ergebnis des Krieges kein vollständiger Sieg der Ukraine, sondern ein blutiges Patt sein wird. Daher schlagen sie einen sogenannten Plan B vor. Dessen zentrales Element besteht in einem auf diplomatischem Weg ausgehandelten Waffenstillstand, der «faktisch einen neuen eingefrorenen Konflikt erzeugen würde». Dadurch käme es gemäss ihrer Einschätzung zu einem «Status quo wie jenem auf der koreanischen Halbinsel, der seit 70 Jahren ohne einen formalen Friedensvertrag weitgehend stabil geblieben ist. Auch Zypern ist seit Jahrzehnten geteilt, aber stabil. Das wäre kein ideales Ergebnis, aber besser als ein jahrelanger Krieg von hoher Intensität.» Eine endgültige Friedensregelung wäre zunächst vertagt und bliebe diplomatischen Bemühungen vorbehalten. Diese Formel verbände «strategischen Pragmatismus mit politischen Prinzipien» und böte anders als die Alternativen «den Vorzug, das Wünschenswerte mit dem Machbaren zu verbinden».

HINTERGRUND Wie schätzen Sie die Rolle der deutschen Politik ein, die im Februar 2022 eine «Zeitenwende» verkündete und das Land wieder «kriegstüchtig» machen will? Warum kommen aus Berlin keine Vorschläge für Frieden, dafür immer neue Waffen und Milliarden für Kiew, begleitet von «Slawa Ukrainii»-Rufen deutscher Politiker?

ROSE Der Angriffskrieg der Russischen Föderation gegen die Ukraine bewirkte, dass die europäischen Verbündeten der USA, allen voran die Bundesrepublik Deutschland, sich seitdem wieder, ganz im Sinne Zbigniew Brzezinski, vorbehaltlos in die ihnen seitens der US-Hegemonialmacht zugeordnete Rolle als «Vasallen» und «Tributpflichtige» fügen. Die Europäische Union hat bei der Bewältigung der Ukraine-Krise in einem historischen Ausmass versagt, und sie wird zu den grossen Verlierern dieser Krise zählen. Sie hat die Krisenregie vollständig an die USA abgetreten und die europäische Stabilität und Friedensordnung sowie den Wohlstand ihrer Bürger den imperialen geopolitischen Zielen der USA untergeordnet. Damit hat sie es ermöglicht, dass die US-Kontrolle über Europa in den nächsten Jahrzehnten erheblich ausgeweitet und verfestigt werden kann. De facto sind die EU-Staaten zu Satellitenstaaten der USA geworden, also zu deren Befehlsempfängern.

HINTERGRUND Warum ist von der deutschen Friedensbewegung zu wenig zu hören und zu sehen, selbst nachdem Washington und Berlin verkündet haben, in Deutschland neue US-Mittelstreckenraketen gegen Russland aufzustellen?

ROSE Zunächst ist festzustellen, dass nach dem Ende des Kalten Krieges die Friedensbewegung stark schrumpfte, da sich der Eindruck aufdrängen musste, dass die angestrebten Ziele Abrüstung und Frieden zumindest in Europa erreicht worden waren – wozu also noch eine Friedensbewegung? Daran änderten auch die von der NATO respektive von führenden NATO-Verbündeten gegen die Volksrepublik Jugoslawien sowie vornehmlich im Nahen und Mittleren Osten geführten Angriffskriege nichts. Bei der Mehrheit im Land bestand kein Leidensdruck mehr, denn die Atomraketen waren ja weg. Die im politischen Hinterstübchen vereinbarte Stationierung US-amerikanischer Mittelstreckenwaffen und deren hochgefährliche Implikationen sickern nur ganz langsam ins politische Bewusstsein derjenigen BürgerInnen ausserhalb der traditionellen friedensbewegten Kreise. Bestimmende Faktoren hierfür könnten die Feindbildpropaganda gegenüber Russland sein, die Komplexität der sicherheitspolitischen und waffentechnologischen Materie sowie die Wahrnehmung, dass es ja nicht um Nuklearwaffen, sondern «nur» um konventionelle Waffensysteme gehe.

Dieses Interview ist dem aktuellen Heft 11/12 2024 unseres Magazins entnommen, das bis zum 20. Dezember im Bahnhofsbuchhandel, im gut sortierten Zeitungschriftenhandel und ausgewählten Lebensmittelgeschäften erhältlich ist. Sie können das Heft auf dieser Website (Abo oder Einzelheft) bestellen.

JÜRGEN ROSE (Jahrgang 1958) ist Diplom-Pädagoge, Oberstleutnant a. D. und Publizist. Er war unter anderem Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Internationale Politik und Völkerrecht an der Universität der Bundeswehr München sowie am George C. Marshall European Center for Security Studies in Garmisch-Partenkirchen. Zahlreiche Publikationen zu Themen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik, des Völkerrechts und der Inneren Führung in wissenschaftlichen, sicherheits- und friedenspolitischen und militärischen Fachbüchern und Fachzeitschriften.

ten sowie in- und ausländischen Zeitungen und Magazinen. Vorsitzender des Förderkreises Darmstädter Signal e.V., der den gleichnamigen Arbeitskreis kritischer StaatsbürgerInnen in Uniform unterstützt.

Quelle: <https://www.hintergrund.de/globales/kriege/nachdenken-ueber-den-ukraine-krieg-unerwuenscht/>

INFOSperber
sieht, was andere übersehen.
5.02.2025



Pamela Reardon ist in der Bürgerwehr «True the Vote» gegen Wahlbetrug aktiv.
© youtube © David Ambrose

«Ohne Wahlmanipulationen hätte Trump gegen Harris verloren»

**Millionen von Stimmen schwarzer Menschen wurden nicht gezählt.
Das weist Investigativ-Journalist Greg Palast nach.**

Hannes Britschgi

Das demokratische Prinzip «one person, one vote» ist eine schöne Erzählung. Jede Stimme hat das gleiche Gewicht. Jede Stimme zählt. Doch für den Data- und Investigativ-Journalisten Greg Palast ist diese

Erzählung 2024 in den USA ein Märchen. Seit zwei Jahrzehnten untersucht er für Medien wie «Guardian», «BBC» und «Rolling Stone» die schockierenden Fakten der amerikanischen Präsidentschaftswahlen.

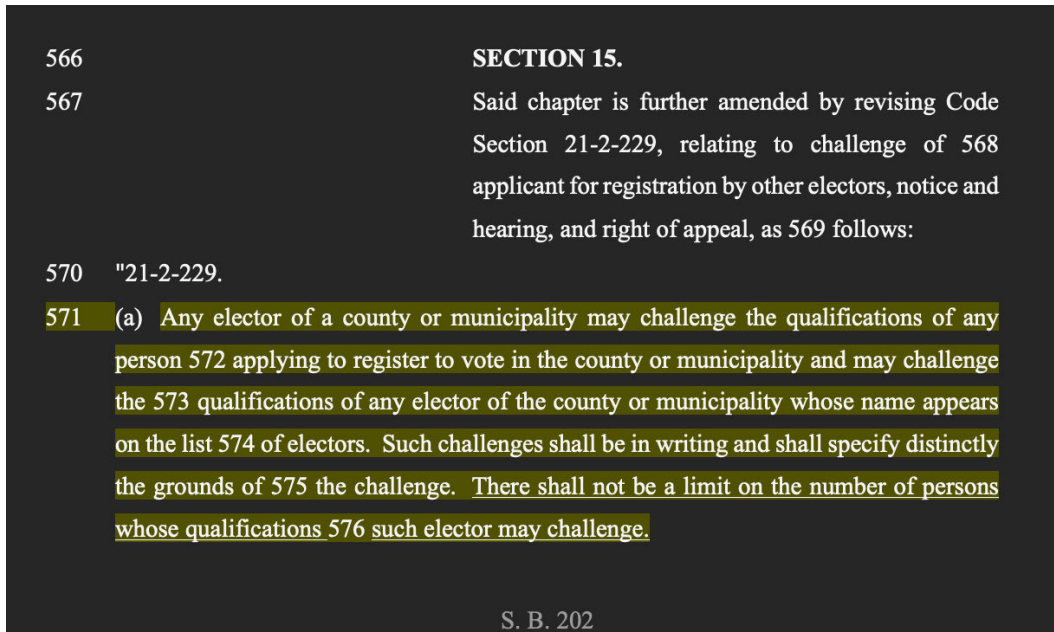


Investigativ-Reporter Greg Palast © youtube

Am 24. Januar hat er seine neuesten Erkenntnisse zu den US-Wahlen 2024 publiziert. Sein aufwendig zusammengetragenes Datenmaterial fasst er zur steilen These zusammen: Donald Trump hätte verloren und Kamala Harris mit 286 Elektoren-Stimmen gewonnen. Und dann kommt das grosse «Wenn»: «Wenn alle legal Stimmberechtigten hätten wählen dürfen. Und wenn alle legalen Stimmen gezählt worden wären.» Seine Recherche erschien auf der liberalen Website «The Hartmann Report» unter dem Titel «Trump verlor. Wahlrechts-Unterschlagung gewann». Dort und in seinem Dokumentarfilm «Vigilantes Inc.» deckt er auf, wie die republikanischen und MAGA-Netzwerke (Make America Great Again) das Gleichheits-Prinzip «one person, one vote» unterlaufen und ausgehöhlt haben.

Rechercheur Palast nennt diesen Fakt «America's nasty little Secret» und meint damit die vielen Methoden von «voter suppression». Dies sei ein «freundlicher Ausdruck dafür, wie People of Color um ihr Wahlrecht betrogen werden».

Besonders intensiv hat sich Greg Palast mit den Verhältnissen im südlichen Bundesstaat Georgia auseinandergesetzt. Wie in vielen anderen Red States, den republikanisch regierten Bundesstaaten, hat Georgia nach Trumps Niederlage 2020, sein Wahlgesetz (SB 202) verschärft und den Zugang zum Wahlrecht mit Hürden verstellt.



In Georgias Wahlgesetz: Jede und jeder kann das Wahlrecht einer anderen Person bestreiten.

Die fragwürdigste Verschärfung – gut versteckt im «Section 15», auf den Zeilen 571–576, gibt allen Bürgerinnen und Bürgern Georgias die Möglichkeit, das Wahlrecht anderer Wählerinnen und Wähler anzufechten. Jeder und jede kann unbeschränkt viele Namen bei den Behörden melden und deren Wahlrecht in Frage stellen. Die Wahlbehörden kippen diese aus dem Wahlregister, meist ohne dass die Betroffenen davon wissen.

Die konservative Wahlüberwachungs-Organisation «True the Vote» des MAGA-Netzwerks rekrutierte 2024 landesweit zehntausende, sogenannte freiwillige Vigilantes. Diese Mitglieder einer Art Bürgerwehr sind meist weisse Bürgerinnen und Bürger, die möglichst viele schwarze Wählerinnen und Wähler und solche mit hispanischer oder asiatischer Abstammung den Behörden melden. Schon im August 2024 verkündeten die Vigilantes, sie hätten das Wahlrecht von bereits 317'886 Bürgerinnen und Bürger angefochten. Die Nationale Vereinigung für die Förderung farbiger Menschen (NAACP) des Bundesstaates Georgia schätzte, dass die selbsternannten Denunzierungs-Aktivisten bis zum Wahltag vom 5. November allein in Georgia rund 200'000 Wählerinnen und Wähler aus dem Wahlregister eliminierten.



Reporter Greg Palast konfrontiert Pamela Reardon mit Fotos der Betroffenen ihrer Wahlrechtsbeschwerden.

Greg Palast spürte den fanatisch fleissigen Vigilantes nach, besuchte die eine oder den anderen zuhause und konfrontierte sie mit den Fakten seiner Recherche. So zum Beispiel Pamela Reardon. Sie allein hatte das Wahlrecht von über 32'000 Leuten angefochten. Im Interview mit Greg Palast musste sie zugeben, dass sie keinen einzigen davon kenne: «I did not speak to the 32'000 people.»



Wahlrechts-Aktivistin von «True the Vote» weist Reporter Greg Palast die Tür.

Als der Reporter sie auf die historischen Wurzeln ihres Netzwerks, auf den Ku-Klux-Klan, ansprach, warf sie ihn wütend aus dem Haus.

Reporter Palast bringt auch andere Methoden ans Licht, die das Wahlrecht von Minoritäten einschränken und macht mit seinen Daten die Grössenordnung der Wahlverhinderung deutlich.

Formale Fehler

Über zwei Millionen Stimmzettel der Briefwahl sind nach seinen Erkenntnissen wegen kleinen, formalen Fehlern beim Ausfüllen der Stimmzettel herausgefallen. Solche Fehler passieren den Ärmeren, den weniger Gebildeten unter der Bevölkerung besonders häufig. Betroffen sind viele Schwarze.

«List Maintenance»

Hinter dem unverdächtigen Ausdruck Listen-Management versteckt sich die «Purge», der Säuberungs-Trick. Wegen angeblich falschen Adressen, Todesfällen und anderen Faktoren, kontaktieren die Wahlbehörden die Betroffenen mit einer «Poison Postcard». Wer diese Postkarte, die wie eine Werbesendung daherkommt, achtlos wegschmeisst, statt sie zu unterschreiben und zurückzuschicken, fällt aus dem Wahlregister. 4,77 Millionen Berechtigte sind laut der unabhängigen «U.S. Election Assistance Commission» (US-Wahlassistenz-Kommission) so herausgeputzt worden.

Verhinderte Registrierung

Die Wahlbehörden haben sogar über drei Millionen bei der Registrierung zurückgewiesen oder sie zu spät ins Stimmrechtsregister aufgenommen.

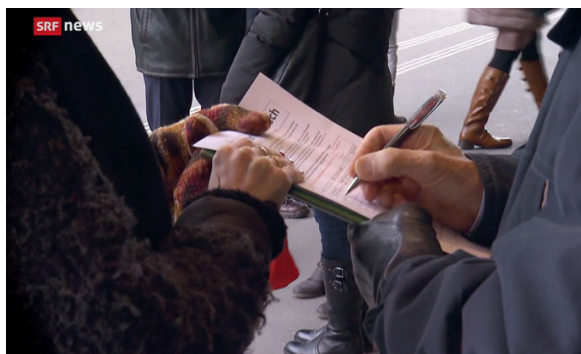
Reduktion der Anzahl Sammelboxen

Die Anzahl von Sammelboxen für die Stimmcouverts reduzierten die Verantwortlichen massiv, so dass es weite Wege gab, um an einer dieser Boxen die Wahl-Couverts einzuwerfen.

«Provisional Ballot»

Die provisorischen Stimmabgaben, das sind Stimmzettel, die noch genauer zu prüfen sind, bezeichnet Palast als «Placebo-Stimmen», weil sie schlussendlich äusserst selten mitgezählt werden.

Die Grössenordnung dieser Wahlmanipulationen macht aus dem «kleinen Geheimnis» eine grosse, stossende Geschichte, auch wenn die genannten Zahlen nur Grössenordnungen umreissen, Schätzungen beinhalten und Fragen offen lassen wie: Hätten all die ausgeschlossenen Leute tatsächlich an den Wahlen teilgenommen? Und wenn ja, wen hätten sie denn gewählt?



Tagesschau vom 10. September 2024

Die jüngsten Unterschriften-Fälschungen in der Schweiz und in anderen Demokratien führen uns vor Augen, wie komplex die Herausforderung ist, Wahlen oder Abstimmungen sauber durchzuführen – selbst in kleinen Ländern mit wenigen Millionen Bürgerinnen und Bürgern.

Aber mit Blick auf die beschriebenen Verhältnisse in den USA macht es einen grossen Unterschied, ob Fehler passiert sind und die Kontrollen der Behörden versagt haben oder ob parteipolitisch handelnde Behörden absichtlich und böswillig einem Teil der Gesellschaft das verfassungsmässig garantierte Wahlrecht unterschlägt, wie es offensichtlich erzkonservative Anhänger der White Supremacy, der weissen Vorherrschaft, in den USA zugunsten Donald Trumps praktizierten.



Demokratische Gouverneurs-Kandidatin Stacey Abrams im Wahlkampf 2020 © youtube

Gegen diese hinterhältigen Praktiken gibt es Gegenwehr: Wahlrechts-Aktivistinnen und -aktivisten wehren sich auf allen Ebenen. In den Wahlkreisen motivieren sie die Wahlberechtigten der Minoritäten, sich frühzeitig in den Wahlregistern einzutragen oder die Säuberungen aus dem Register rückgängig zu machen und die abgewiesenen Stimmzettel nachzubessern.

Eine prominente Rolle im Kampf gegen «voter suppression» und andere Methoden der Ausgrenzung hat die demokratische Politikerin Stacy Abrams. Ihrer Mobilisierungskraft, gebaut auf einer flächendeckenden Basisbewegung, hat der ehemalige Präsident Joe Biden seinen Sieg in ihrem Bundesstaat im Jahr 2020 zu verdanken. Im eigenen Rennen um den Gouverneurssitz musste sich Abrams 2018 und dann auch noch 2020 vom Republikaner Brian Kemp geschlagen geben. Sie unterlag ausgerechnet dem Hardliner, der schon als Chef der Wahlbehörde das Wahlrecht verschärfte, um das Potential der schwarzen Stimmen zu limitieren.

Renazifizierung

Aus dem Archiv ... / Klaus Madersbacher

Sogar von denen, die selbst fleissig an der «Bewegung nach Rechts» mitziehen/mitschieben/mitpeitschen ist immer öfter zu hören, dass «sich die Politik nach rechts bewegt,» «ein allgemeiner Rechtstrend unübersehbar ist» usw. usf.

Das klingt ja nicht schlecht, wenn sich möglichst viele Menschen Sorgen um unsere politische Zukunft machen, dass die nicht zu weit nach rechts geht. Zu weit ist ja nie gut, wie wir wissen.

«Wer in der Jugendzeit nicht links ist, der ist nicht normal, und wer im reifen Alter noch immer links ist, der ist auch nicht normal.» So oder so ähnlich wird «links sein» als Privileg der vorlauten/stürmischen Jugend abgetan, die erst draufkommen muss, was wirklich Sache ist.

Was ist Sache?

Sache ist zum Beispiel, dass diejenigen, die – zumindest in den Augen der Linken – zu wenig bekommen, eigentlich zu viel kriegen – so sehen es die Rechten. Dass jemand zu viel besitzen könnte, ist nicht Sache. Wenn zum Beispiel 60 Leute die Hälfte des gesamten Weltvermögens besitzen, dann ist das höchstens interessant und beweist, wie weit man es in unserer freien Gesellschaft bringen kann, und der eine oder andere Naivling wird vielleicht fragen, was die alles geleistet haben, um so reich zu werden. Aber es ist nicht Sache.

Renazifizierung klingt natürlich sehr hart.

Eigentlich handelt es sich nicht um Renazifizierung, denn diese setzt voraus, dass eine Entnazifizierung vorausgegangen ist. Offiziell gab es nach dem Untergang des Nazireichs eine Entnazifizierung. Wer das Pech hatte, sich als Nazibonze oder Naziaktivist unbeliebt gemacht zu haben, den ereilte nach der Niederlage des Dritten Reichs die Rache. Er musste ins zweite, dritte Glied zurücktreten und ein paar Jahre warten, bis er wieder zu höheren Würden gelangen konnte. Das darf man nicht verallgemeinern, einmal lief es so, einmal ging es nicht, aber im Grossen und Ganzen hatte der normale Nazi nichts oder nicht viel zu befürchten. Der normale Nazi – wer war das?

Der normale Nazi war der damalige opportunistische Anhänger der «herrschenden Strömung», vergleichbar mit den Mitgliedern irgendwelcher Parteien, die ihren Mitgliedern Vorteile bieten können, die andere Men-

schen nicht so einfach bekommen. Geh zur Partei, dann bekommst du leichter einen Job, eine Wohnung usw. Welche Partei, das liegt an den jeweiligen Gegebenheiten.

Angeblich sind Parteien Gesinnungsgemeinschaften – was den einen ihre christliche, ist den anderen ihre sozialdemokratische, freiheitliche, kommunistische oder was immer «Gesinnung». Die heutigen staatstragenden Parteien präsentieren sich mehr oder weniger als prinzipienlos, gesinnungsfrei und austauschbar. Wir sind gut, die anderen sind nicht so gut/weniger gut/schlecht ist alles, was das Fussvolk wissen muss. Über die Medien wird der Eindruck verbreitet, dass es zwischen den Parteien ideologische Unterschiede gibt. Im Sinne des «teile und herrsche» ist das wichtig.

Nachdem man damit baden gegangen ist, macht «Heil»-Geschrei nicht mehr viel Sinn, es sei denn, man ist voll besoffen und vielleicht ein Jugendlicher, der gross die Werte verkünden will, die ihm seine Vorbilder beigebracht haben. Dass er damit den Nationalsozialismus propagiert und den Staatsanwalt aufs Spiel ruft, der zu dessen Bekämpfung verpflichtet ist, das weiss der Besoffene nicht – vielleicht nicht einmal der Staatsanwalt, der halt seine Pflicht erfüllt ...

Die wenigsten wissen, dass die Naziführer seinerzeit aufgehängt wurden, weil sie wegen des Verbrechens gegen den Frieden zum Tod verurteilt wurden, da sie einen Angriffskrieg begonnen haben.

Verbrechen gegen den Frieden? Kennen wir nicht.

Verbrechen gegen Eigentum, Verbrechen gegen Leib und Leben, Verbrechen gegen dies und das – unser Verbrechenskatalog umfasst alle möglichen Verbrechen und Dummheiten, mit denen die Rechtsprechung sich zu beschäftigen beliebt. Aber Verbrechen gegen den Frieden?

Das Verbrechen gegen den Frieden wurde gleich nach dem Zweiten Weltkrieg anders gesehen als heute. Inmitten von zerstörten Städten und Orten, mit frischen Erinnerungen an Tod und Vernichtung war das Bestreben stark, es nie mehr so weit kommen zu lassen. «Nie wieder» hiess es quer durch alle politischen Gruppierungen. Und da noch in frischer Erinnerung war, dass ungehemmtes Gewinnstreben und rücksichtslose Ausbeutung ursächlich mit dem Krieg zu tun hatten, lesen sich die Parteiprogramme der damaligen Zeit wie die reinsten linken Manifeste. Es wollte ja niemand verkünden: Mir nach! Auf in den nächsten Krieg! Die Nazi-Epigonen verhielten sich klugerweise ruhig und traten erst in Erscheinung, nachdem einiges Gras über die entsetzlichen Dinge gewachsen war, die ihre Vorläufer im Ungeist betrieben hatten.

Was ist auch schon Frieden?

Nix los, alles einigermaßen paletti, wohin fahren wir im nächsten Urlaub, ein neues Auto muss her, die Küche gehört auch langsam ausgetauscht ...

«Die Zukunft gehört UNSEREN Kindern!» stand auf dem Transparent, das erkennbar europäische/amerikanische Typen hochhielten, inmitten von irgendwelchen Eingeborenen ...

Frieden ist, wenn wir ungestört unser normales Leben führen können.

Frieden ist, wenn wir es uns gut gehen lassen können ...

... auf der Butterseite des Planeten.

Allerdings sind wir nicht die Herren des Planeten – auch nicht die Damen und Herren in Berlin und in anderen bedeutenden Machtzentren, auch nicht die noch viel mächtigeren Herrschaften in Washington. Der Planet ist keine Spielwiese, auf der man sich ungestraft austoben kann.

Der Planet ist ein abgeschlossener Bereich, der allen seinen Bewohnern ein Auskommen bietet, sofern sie sich über die Nutzung der vorhandenen Ressourcen einigen. Er kann allen seinen Bewohnern sogar ein gutes Auskommen bieten, wenn sie eine gerechte Verteilung zusammenbringen. In dieser Beziehung hapert's noch, aber die grossräumige historische Entwicklung lässt uns zuversichtlich in die Zukunft blicken, wie etwa John Walsh ausführt.

Das grosse Wunder, dass die 60 Herren über das halbe Vermögen des Planeten ihren Mitmenschen das zur Verfügung stellen, was sie selbst mit einem ultraluxuriösen Lebenswandel nicht verbrauchen können, werden wir nicht erleben.

Viel eher werden wir erleben, dass die Völker der Dritten Welt sich wieder erheben und sich das nehmen werden, was ihnen gestohlen und vorenthalten wurde und wird. Es würde genügen, wenn sie ihre Produkte nur unter Einhaltung gerechter Handelsbedingungen verkaufen, um den Westen in eine heillose Krise zu stürzen. Eine Räuberbande lässt sich nicht so einfach auf «ehrlich» umstellen.

Wir täten gut daran, uns mit diesen Fragen zu beschäftigen, weil wir direkt von den Auswirkungen der Politik unserer Herrschenden gegenüber dem «Rest» der Welt betroffen sein werden.

Die Nazis propagierten, dass das deutsche Volk dazu bestimmt ist, über die Welt zu herrschen. Die anderen Parteien hatten dem nicht viel entgegenzusetzen, so dass mittels Einschüchterung und terroristischer Ausmerzung der politischen Gegner die Nazi-Partei letztlich die Macht «ergreifen» konnte. Damit war der Weg zum Krieg frei und wurde dann auch beschritten.

Heute sind es die Vereinigten Staaten von Amerika, denen «die Geschichte die Rolle des Beherrschers der Welt übertragen hat», wie man in Washington weiss. Das heisst, der deutsche «Übermensch» ist out, ausser vielleicht bei denen, die schon vergessen haben, dass Deutschland unter Führung der Nazis den Zweiten Weltkrieg VERLOREN hat.

Das trifft auch auf diejenigen zu, die von den «grossen Aufgaben» reden, vor denen Deutschland angeblich steht. Die deutsche Soldaten zu Einsätzen in Kriegen kommandieren, die eindeutig gegen das Internationale Recht sind. Die sich in den Fusstapfen derer bewegen, die nach dem Zweiten Weltkrieg wegen Verbrechen gegen den Frieden aufgehängt worden sind. Nazi darf man ja nicht sagen, aber «neokonservativ» und/oder «neoliberal» sind dasselbe ...

Wie sich immer wieder herausstellt, wollen die Deutschen keinen Krieg. Das passt natürlich denen nicht, die aus irgendwelchen Gründen, von denen man nichts hört, sich an Kriegen beteiligen wollen, die sie nichts angehen.

Als Renazifizierung betrachte ich nicht so sehr die diversen Nazikrawalle, so bedauerlich und abzulehnen diese auch sind, und schon gar nicht die Bewegung gegen TTIP und dergleichen, der freiweg das Etikett «rechts» verpasst wird, sondern eine Entwicklung, in der militärische Einsätze im Ausland, Waffenlieferungen in Krisengebiete, Mithilfe bei der Errichtung von Anhaltelagern und was sonst noch als Nazigrauslichkeiten bis vor kurzem verpönt und tabu war, neuerdings wieder offen verhandelt und als unabdingbar hingestellt und finanziert werden, ohne dass über mögliche Alternativen auch nur nachgedacht wird.

Ob das nun Christen, Sozis, Grüne, Linke oder Nazis machen, ist egal.

erschienen am 1. Mai 2016 auf antikrieg.com

INFOSperber

sieht, was andere übersehen.

4.02.2025



Waadtländer Bauern wollen Schnecken als Nutztiere züchten.

© Bénédicte in «24 heures»

«Guten Appetit, lieber Wolf! Hahaha!»

Die Cartoonistin Bénédicte bringt mit ihren Zeichnungen das mitunter wenig lustige Tagesgeschehen humorvoll auf den Punkt.

Esther Diener-Morscher

Die Westschweizer Karikaturistin Bénédicte ist seit 2009 Mitarbeiterin der satirischen Wochenzeitschrift «Vigousse» und zeichnet seit zehn Jahren für die Waadtländer Tageszeitung «24 heures». Ihre Zeichnungen sind auch den Leserinnen und Lesern von «Infosperber» ein Begriff. Gut 100 ihrer besten Werke der vergangenen drei Jahre sind nun in einem Buch erschienen. Die Auswahl zeigt, wie Bénédicte, ohne zu zögern, jedem Thema etwas Humorvolles abgewinnen kann, dabei aber nie zynisch oder verletzend ist.

Beispielsweise bebilderte sie die öffentlichen Vorlesungen zum Nahostkonflikt an der Uni Lausanne mit einem Dozenten, der einen Feuerlöscher griffbereit neben sich hat:



© Bénédicte in «24heures»

Bitterböse kommentierte sie mit einer Rasierklinge mitten unter volkstümlichen Masken, dass Gambia die Tradition der Beschneidungen wieder legalisieren will:



© Bénédicte in «24heures»

Weil der internationale Strafgerichtshof in Den Haag so lange zur Gewalteskalation geschwiegen hatte, zeichnete Bénédicte eine Schildkröte mit der Sprechblase: «Entschuldigung, ich war noch in der Ukraine»:



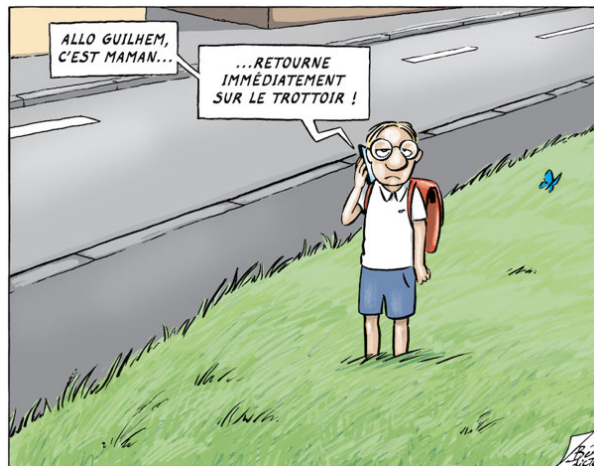
© Bénédicte in «24heures»

Sie zeigt, wie die Kirche die Fälle von sexuellem Missbrauch verschweigt:



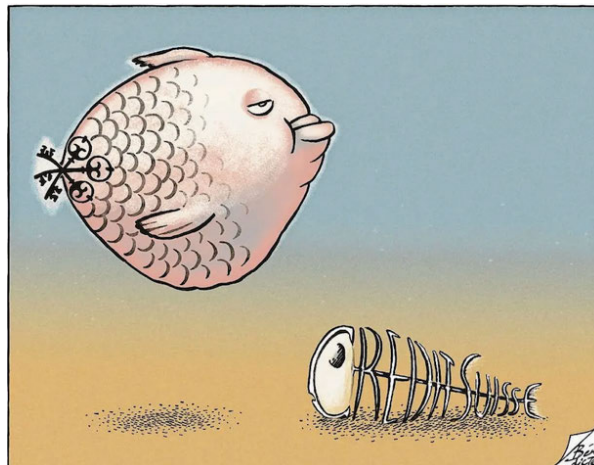
© Bénédicte in «24heures»

Die zunehmende GPS-Überwachung von Kindern kommentiert sie mit:
«Hallo Wilhelm, hier ist Mama ... geh sofort aufs Trottoir zurück!»



© Bénédicte in «24 heures»

Und im März 2023 zeichnete sie die Bank UBS als vollgefressenen Fisch, der sich die Credit Suisse einverleibt hatte, von der nur noch die Gräten übrigblieben.



© Bénédicte in «24heures»

Carl Sagen über den Zusammenhang von interstellarer Raumfahrt und Überbevölkerung

[Carl Sagan](#) > [Quotes](#) > [Quotable Quote](#) ^(?)



“No civilization can possibly survive to an interstellar spacefaring phase unless it limits its numbers.

Any society with a marked population explosion will be forced to devote all its energies and technological skills to feeding and caring for the population on its home planet. This is a very powerful conclusion and is in no way based on the idiosyncrasies of a particular civilization. On any planet, no matter what its biology or social system, an exponential increase in population will swallow every resource. Conversely, any civilization that engages in serious interstellar exploration and colonization must have exercised zero population growth or something very close to it for many generations.”

– Carl Sagan, Cosmos

[Carl Sagan](#) > [Zitate](#) > [Zitierbares Zitat](#) ^(?)



„Keine Zivilisation kann eine Phase der interstellaren Raumfahrt überleben, wenn sie ihre Zahl nicht begrenzt.

Jede Gesellschaft mit einer deutlichen Bevölkerungsexplosion wird gezwungen sein, all ihre Energie und technologischen Fähigkeiten der Ernährung und Versorgung der Bevölkerung auf ihrem Heimatplaneten zu widmen. Dies ist eine sehr eindringliche Schlussfolgerung und beruht in keiner Weise auf den Eigenheiten einer bestimmten Zivilisation. Auf jedem Planeten, unabhängig von seiner Biologie oder seinem Sozialsystem, wird ein exponentieller Bevölkerungsanstieg alle Ressourcen verschlingen. Umgekehrt muss jede Zivilisation, die ernsthafte interstellare Erkundung und Kolonisierung betreibt, über viele Generationen hinweg ein Bevölkerungswachstum von Null oder etwas in der Nähe davon verzeichnet haben.“

– Carl Sagan, Kosmos

Quelle: <https://www.goodreads.com/quotes/890960-no-civilization-can-possibly-survive-to-an-interstellar-spacefaring-phase>
*Carl Edward Sagan (Aussprache [ˈseɪɡən]; * 9. November 1934 in Brooklyn, New York; † 20. Dezember 1996 in Seattle, Washington) war ein US-amerikanischer Astronom, Astrophysiker, Exobiologe, Fernsehmoderator, Sachbuchautor und Schriftsteller.*

Quelle und mehr bei: https://de.wikipedia.org/wiki/Carl_Sagan

Zahlreiche Todesfälle – Montana plant ein Verbot der COVID-⟨Injektionen⟩ – weitere US-Bundesstaaten erwägen ähnliche Massnahmen

uncut-news.ch, Februar 10, 2025



Gesetzgeber in Montana haben einen neuen Gesetzesentwurf eingebracht, der ein vollständiges Verbot der Covid-mRNA-⟨Impfstoffe⟩ vorsieht und auf die «enorme Zahl von Todesfällen, Behinderungen und schwerwiegenden unerwünschten Ereignissen» verweist, die durch diese Injektionen verursacht werden.

Der Gesetzesentwurf, der im Repräsentantenhaus von Montana eingebracht wurde, weist auf mehrere Probleme mit den ‹Impfstoffen› hin, wie z.B. das Fehlen von Beweisen, die belegen, dass sie für eine breite öffentliche Anwendung sicher sind.

Darüber hinaus vermuten die Gesetzgeber, dass die mRNA-Injektionen für einen Anstieg von Krebserkrankungen, Unfruchtbarkeit und übermässigen Todesfällen verantwortlich sind.

Ausserdem argumentieren sie, dass die Impfungen mit Krebs verursachenden DNA-Fragmenten kontaminiert sind und warnen, dass die Nebenwirkungen durch ‹Shedding auf ungeimpfte Menschen übertragen werden können›.

Die mangelnde Transparenz der ‹Impfstoffe› bedeute, dass den Bürgern ihr Recht auf informierte Zustimmung vorenthalten werde, so die Gesetzgeber.

Daher müssen die ‹Impfstoffe› verboten werden, behaupten sie.

«Meines Wissens ist Montana der erste Staat, der einen Gesetzesentwurf zum Verbot von mRNA vorgelegt hat. Die erste Anhörung findet morgen statt. Unterstützen Sie HB371!» sagte Dr. Mary Talley Bowden.

Montana House Bill 371 lautet:

IN DER ERWÄGUNG, dass die mRNA-Impfstoffe eine enorme Zahl von Todesfällen, Behinderungen und schwerwiegenden unerwünschten Ereignissen verursacht haben; und

Es wurden keine Langzeitstudien zur Fruchtbarkeit, Teratogenität, Mutagenität oder Onkogenität durchgeführt; und

IN DER ERWÄGUNG, dass den Empfängern keine informierte Zustimmung erteilt wird, und

IN DER ERWÄGUNG, dass die mRNA-Impfstoffe in das menschliche Genom integriert und an die nächste Generation weitergegeben werden können; und

IN DER ERWÄGUNG, dass die mRNA-Impfstoffe mit DNA, metallischen Partikeln und anderen unbekanntem Nanopartikeln kontaminiert sind; und

IN DER ERWÄGUNG, dass die mRNA-Impfstoffe auf andere übergehen und Nebenwirkungen oder Schäden verursachen können.

Die Independent Medical Alliance (IMA) fordert die Gesetzgeber des Bundesstaates auf, das Gesetz zu verabschieden.

In einem Post auf X, in dem eine Erklärung zu der Gesetzgebung geteilt wird, schrieb die IMA.

«Montana bezieht Stellung!

HB 371 würde genbasierte mRNA-Impfstoffe verbieten.

Dies sind KEINE herkömmlichen Impfstoffe – Tausende von Studien zeigen ernsthafte Risiken von mRNA-Impfungen wie Blutgerinnsel, Autoimmunerkrankungen und steigende Gesamtsterblichkeit.»

Die vollständige Erklärung der Independent Medical Alliance lautet wie folgt:

Die Independent Medical Alliance (IMA) fordert nachdrücklich die Verabschiedung des Gesetzes Montana HB 371, um die Verwendung sogenannter genbasierter Impfstoffe zu beenden.

Die IMA (ehemals Frontline Covid Critical Care Alliance – FLCCC) besteht aus Zehntausenden von Ärzten und anderen Fachleuten des Gesundheitswesens, für die die grobschlächtige Reaktion der Regierung auf COVID-19 ein Weckruf war.

IMA Action hat sich auf nationaler Ebene für die Bestätigung von Robert F. Kennedy Jr. als HHS-Sekretär eingesetzt.

«Die Covid-19-Pandemie und die Reaktion unserer Regierung darauf waren ein völliges Versagen, angefangen bei den Vorschriften, Masken, Abriegelungen und schliesslich der Einführung der mRNA-Gentherapie», sagte Dr. Kat Lindley, Direktorin des International Fellowship Program der IMA.

«Bei diesem neuen mRNA-Produkt handelt es sich nicht um einen Impfstoff, wie sie es gerne nennen würden, sondern um eine Gentherapie, die den US-Bürgern erheblichen gesundheitlichen Schaden zufügt.»

HB 371 würde die Verwendung von genetischen mRNA-basierten Impfstoffen im Staat Montana verbieten. Die Anhörung vor dem Justizausschuss des Repräsentantenhauses findet am Freitagmorgen, den 7. Februar, statt.

IMA Senior Fellow Dr. Brooke Miller sprach sich kürzlich für ein Verbot der mRNA-Technologie am Menschen in Montana HB 527 aus.

«Diese gentherapeutischen ‹Impfstoffe› verändern das genetische Material von Zellen, was zu dauerhaften Veränderungen im genetischen Aufbau des Zellorganismus führt», so Dr. Lindley weiter.

«Tausende von begutachteten Studien haben gezeigt, dass die Verwendung von mRNA schwerwiegende unerwünschte Wirkungen hat, darunter Herzmuskelentzündung, Blutgerinnsel, Autoimmunerkrankungen, schwere Immunsuppression, neurodegenerative Erkrankungen wie Demenz, Parkinson und Prionenkrankheit.


«Wir haben auch eine Zunahme von Krebserkrankungen beobachtet, von Ersterkrankungen bis hin zur aggressiven Reaktivierung von Krebserkrankungen, die als geheilt galten. Wir haben Fehlgeburten und abnorme vaginale Blutungen bei Frauen beobachtet, die dieses Produkt erhalten haben. Es gibt einen signifikanten

ten Anstieg der Gesamtmortalität in der ganzen Welt, der mit dem Einsatz dieses genetischen Produkts korreliert.

Independent Medical Alliance ✓
@Honest_Medicine · Folgen

Montana is taking a stand! HB 371 would ban gene-based mRNA vaccines

These are NOT traditional vaccines—Thousands of studies show serious risks from mRNA shots like blood clots, autoimmune disease, and rising all-cause mortality.

 **INDEPENDENT™**
MEDICAL ALLIANCE

The Independent Medical Alliance Urges Passage of Montana HB 371 to End Use of mRNA 'Vaccines'

(Washington DC) – Independent Medical Alliance (IMA) strongly urges passage of Montana HB 371 to end the use of so-called gene-based vaccines. The IMA (formerly the Frontline Covid Critical Care Alliance - FLCCC) consists of tens of thousands of doctors and other healthcare professionals for whom the government's heavy-handed COVID-19 response was a wake-up call. IMA Action has been prominent nationally in advocating for the confirmation of Robert F. Kennedy Jr. to HHS Secretary.

"The Covid-19 pandemic and our government's response to it has been a complete failure, from the mandates, masks, lockdowns, and finally introduction of the mRNA gene therapy," said Dr. Kat Lindley, Director of the IMA's International Fellowship Program. **"This new mRNA product is not a vaccine as they would like us to call it, but instead, a gene therapy that is causing significant health damage to US citizens."**

HB 371 would ban the use of genetic mRNA-based vaccines in the State of Montana. It will be heard by the House Judiciary Committee on Friday morning, February 7th.

"These gene therapy 'vaccines' alter the genetic material of cells, leading to permanent changes in the genetic makeup of the cell organism," continued Dr. Lindley. **"Thousands of peer-reviewed studies have shown serious adverse events to mRNA use, including myocarditis, blood clots, autoimmune disorders, severe immunosuppression, neurodegenerative disorders like dementia, Parkinson's and prion disease."**

"We have also seen an increase in cancers from primaries to aggressive reactivation of cancers that were considered cured. We have seen miscarriages and abnormal vaginal bleeding in females who have received this product. There is a significant increase in all-cause mortality across the world that correlates with the role out of this genetic product."

Dr. Lindley has been asked to testify before tomorrow's vote. For more information or to interview Dr. Lindley, contact Lynne@imahealth.org.

10:55 nachm. · 6. Feb. 2025

Dr. Robert Malone, ein führender Wissenschaftler, der Pionierarbeit auf dem Gebiet der mRNA-Technologie geleistet hat, ruft die Bevölkerung von Montana dazu auf, das Gesetz zu unterstützen.

«Der Gesetzentwurf zum Verbot der Verabreichung aller genbasierten Impfstoffe an Menschen im Bundesstaat Montana steht kurz vor der Abstimmung», so Malone in einem Post auf X.

«Bitte kontaktieren Sie Rep. Greg Kmetz unter Greg.Kmetz@legmt.gov, um ihn wissen zu lassen, dass Sie oder Ihre Organisation HB 371 unterstützen oder befürworten.»

Dr. Bowden wies darauf hin, dass mehrere Bundesstaaten derzeit ein Verbot von mRNA-Impfstoffen anstreben.

«In Montana, Idaho, Iowa, Texas, Tennessee und South Carolina werden derzeit Gesetzesentwürfe zum Verbot von mRNA-Injektionen ausgearbeitet», so Bowden.

Mary Talley Bowden MD ✓
@MdBreathe · Folgen

Bills are being drafted In Montana, Idaho, Iowa, Texas, Tennessee and South Carolina to ban mRNA injections.

12:41 vorm. · 7. Feb. 2025

Der Epidemiologe der McCullough Foundation, Nicolas Hulscher, kommentierte:

«Viele US-Bundesstaaten erwägen und entwerfen derzeit aktiv Gesetze zum Verbot der gefährlichen COVID-19 mRNA-Injektionen.

Bald wird eine kritische Masse erreicht sein, die die Bundesregierung zwingen wird, nachzuziehen.» Ein neuer Gesetzgeber in Idaho will die meisten COVID-19-Spritzen für das nächste Jahrzehnt verbieten. Der Gesetzentwurf von Senator Brandon Shippy (R-New Plymouth) sieht ein Moratorium für «humane Gentherapieprodukte» bis Juli 2035 vor, berichtet der «Idaho Statesman».

Der Gesetzentwurf definiert diese als Produkte, die Nukleinsäuren, «gentechnisch veränderte Mikroorganismen» und andere «manipulierte ortsspezifische Nukleasen» enthalten.

Er zielt darauf ab, die meisten Formen der Gentherapie zu verbieten, insbesondere mRNA-Impfstoffe, sagte Shippy dem «Idaho Statesman».

Dieser Schritt wird immer mehr zum Anlass genommen, die wahren Absichten der «Impfstoffe» zu hinterfragen.

Wie «Slay News» berichtet, ist ein Video aufgetaucht, in dem der CEO von Moderna, Stéphane Bancel, vor anderen Mitgliedern des Weltwirtschaftsforums (WEF) damit prahlt, dass sein Unternehmen im Jahr 2019 Covid mRNA-«Impfstoffe» entwickelt, weil man wisse, dass es «eine Pandemie geben wird».

Bancel erzählte den WEF-Teilnehmern schadenfroh, dass er anderen Führungskräften bei Moderna gesagt habe, dass ihr fortgeschrittenes Wissen über die Covid-Pandemie sicherstellen würde, dass sie «nächstes Jahr eine Milliarde Dollar verdienen würden», wenn das Coronavirus auftaucht.

Der Pharmachef gab dies während einer WEF-Paneldiskussion zu, bei der er zur «Impfstoffentwicklung» befragt wurde.

«Ich erinnere mich, wie ich nach Davos in das Büro meines Herstellers ging und sagte: «Ich werde nächstes Jahr eine Milliarde Dollar verdienen»», sagte Bancel den WEF-Teilnehmern.

«Und sie schauen mich ein wenig komisch an und sagen: «Was?»»

«Und ich sage: «Ja, wir werden nächstes Jahr eine Milliarde Dollar verdienen – es wird eine Pandemie geben.»»



Moderna CEO Admits Covid «Vaccines» were developed «in 2019» because he knew «Pandemic» was coming.

Quelle: New Bill Demands Ban on Covid «Vaccines» Due to «Enormous Numbers of Deaths»

Quelle: <https://uncutnews.ch/zahlreiche-todesfaelle-montana-plant-ein-verbot-der-covid-injektionen-weitere-us-bundesstaaten-erwaegen-aehnliche-massnahmen/>

Der Sinn des Lebens

Liebe ist der Sinn des Lebens.

Sie erfüllt den Menschen mit Licht, Energie, Glück und unversiegbarer Freude.

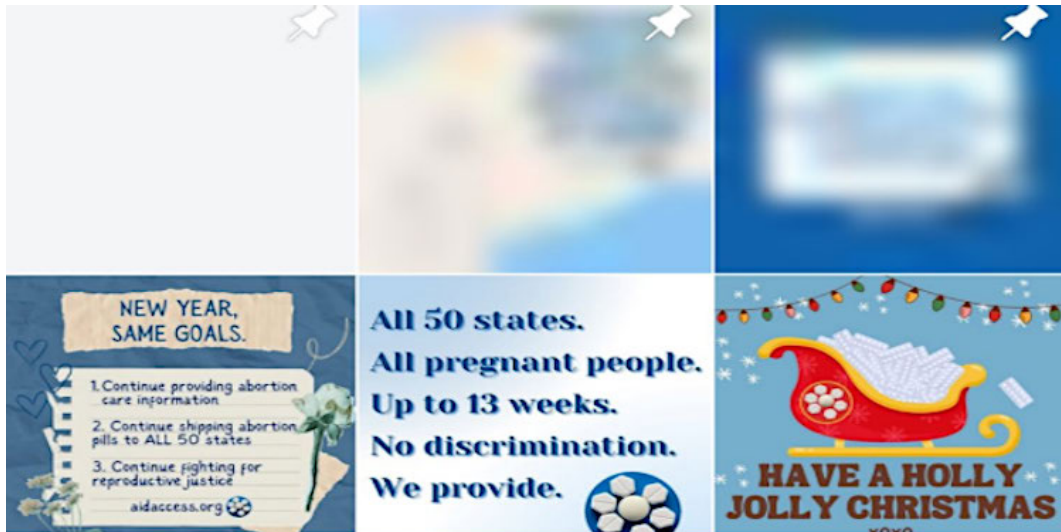
An ihrem Anfang aber steht die Selbstliebe, durch die der Mensch sich selbst annimmt, sich verzeiht und alle Scham und Schuldgefühle auflöst und durch positive Energie sowie Wissen und Weisheit ersetzt.

Achim Wolf, 2. Februar 2021
www.freunderderwahrheit.de

INFOSperber

sieht, was andere übersehen.

7.02.2024



Zensur auf Instagram: Einige Posts mit Adressen für Abtreibungspillen und anderen Tipps hat Zuckerbergs Meta-Konzern unkenntlich gemacht. So viel zu Zuckerbergs Förderung der Meinungsfreiheit. © AidAccess

Trump begnadigt 23 verurteilte Abtreibungsgegner

23 radikale Abtreibungsgegner sind wieder auf freiem Fuss. Sie können nun hilfeschende Frauen angreifen, ohne etwas zu befürchten.

Barbara Marti

Die Abtreibungsgegner waren wegen Angriffen auf Abtreibungskliniken zu Haftstrafen von bis zu fünf Jahre verurteilt worden. Sie waren in Kliniken eingedrungen und hatten Personal und Patientinnen terrorisiert. Hilfeschende Frauen hatten sie gewaltsam am Betreten der Kliniken gehindert.

Betroffene in Lebensgefahr

In Michigan war eine Frau betroffen, die wegen einer Schwangerschaftskomplikation in Lebensgefahr schwebte. In der Hauptstadt Washington musste eine Frau durch ein Fenster in die Klinik klettern. Einer anderen Frau verweigerten Abtreibungsgegner den Zutritt, selbst nachdem sie vor Schmerzen zusammengebrochen war. In New York zerquetschte ein Abtreibungsgegner die Hand eines Klinikmitarbeiters in einer Türe, berichtete Jessica Valenti. Die feministische Autorin dokumentiert seit fast drei Jahren auf ihrem Blog «Abortion, every day» alle News aus den US-Bundesstaaten zum Thema Abtreibung.

Trump ermutigt Abtreibungsgegner

Es sei ihm «eine grosse Ehre», diese Abtreibungsgegner zu begnadigen, sagte Trump. Sie hätten nicht strafrechtlich verfolgt werden dürfen. Viele von ihnen seien ältere Menschen. Die Begnadigungen erfolgten kurz vor dem jährlichen «March for Life», einer Grossdemonstration von Abtreibungsgegnern. Dort sagte Trump, dass alle, die Patientinnen belästigen oder Kliniken angreifen, «nie wieder von der Regierung verfolgt werden». Das Bundesgesetz, das die Blockade von Kliniken verbietet, soll nur noch bei Mord angewendet werden.

Die Aufhebung des Schutzes für Kliniken sei eine «beispiellose» Ermutigung für extremistische Demonstranten, schrieb Valenti. Landesweit könnten Abtreibungsgegner nun ungehindert hilfeschende Frauen und Ärzte vor Kliniken terrorisieren.

Trump bekennt Farbe

Umfragen zufolge ist eine deutliche Mehrheit der US-Bevölkerung dafür, dass Frauen innerhalb einer bestimmten Frist selbst über ihren Körper bestimmen und eine Schwangerschaft abbrechen können. Trump hatte sich im Wahlkampf nicht oder nur zurückhaltend zum Abtreibungsrecht geäussert. Kaum im Amt, begnadigte er nicht nur verurteilte Abtreibungsgegner, sondern liess auch Informationen zum Schwangerschaftsabbruch von der Webseite des Gesundheitsministeriums löschen.

Höhere Hürden für Schwangerschaftsabbruch

Trump hob auch zwei Dekrete seines Vorgängers auf. Diese sicherten den Zugang zur Abtreibungspille und erleichterten es Frauen, für einen Schwangerschaftsabbruch in einen liberaleren Bundesstaat zu reisen. Joe Biden hatte die beiden Dekrete erlassen, nachdem die konservative Mehrheit des Obersten Gerichtshofes 2022 das nationale Recht auf Abtreibung aufgehoben hatte. Seitdem entscheiden die Bundesstaaten. Einige republikanisch regierte Staaten haben Schwangerschaftsabbrüche inzwischen fast vollständig verboten – auch bei Vergewaltigung oder Inzest. Für Betroffene in diesen Bundesstaaten sind die Reise in einen liberaleren Bundesstaat oder die Abtreibungspille die verbliebenen Optionen.

Zugang zu Informationen erschwert

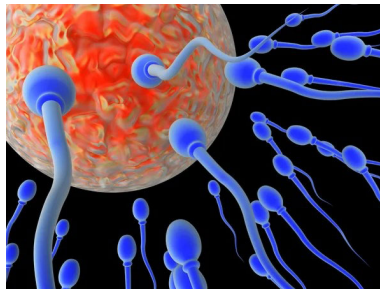
Abtreibungsgegner gehen deshalb nun gegen beides vor. Eine Klage gegen die Zulassung der Abtreibungspille durch die zuständige Behörde FDA hat das Höchstgericht letzten Sommer zwar abgewiesen. Doch für hilfeschuchende Frauen wird es immer schwieriger, an einschlägige Informationen zu kommen. Nicht nur Behörden, auch Technologiekonzerne wie Meta machen dies Frauen schwer. Seit dem Urteil des Obersten Gerichtshofes zensieren sie verstärkt Informationen über Schwangerschaftsabbrüche, wie eine Untersuchung von Amnesty International im vergangenen Sommer zeigte.

Zensur in Social Media

Betroffen sind insbesondere Informationen über die Abtreibungspille und die Unterstützung von Reisen in liberalere Bundesstaaten. Anbieter der Abtreibungspille wie «Aid Access» und «Hey Jane» tauchen in Suchanfragen und Empfehlungen nicht mehr auf. Ihre Seiten sind blockiert, Informationen unleserlich oder ausgeblendet. Als die «New York Times» Anfang dieses Jahres nachfragte, entschuldigte sich Meta halbherzig und aktivierte einige Posts und Konten wieder. Die Zensur von Inhalten widerspricht der Ankündigung von Meta-Chef Mark Zuckerberg, die Meinungsfreiheit auf seinen Plattformen zu fördern. «Angesichts der jüngsten Versprechen von Meta in Bezug auf die Meinungsfreiheit sind wir unglaublich enttäuscht darüber, wie die Plattform unsere Meinungsfreiheit einschränkt», sagte Rebecca Davis von «Hey Jane» der «New York Times».

Besteht ein Zusammenhang zwischen COVID-Impfstoff, Infektion und männlicher Unfruchtbarkeit? Neue beunruhigende Studie deutet darauf hin.

Trialsitenews, Februar 10, 2025



Forscher der King Abdulaziz University in Saudi-Arabien, vertreten durch Erstautor Mohammed Ahmed Alkireidmi und der korrespondierende Autor Firoz Anwar, ein Doktor der Pharmazie, stellen die Hypothese auf, dass die männliche Unfruchtbarkeit nach der COVID-19-Pandemie zugenommen hat, insbesondere nach der Impfung, und zwar aufgrund der immunogenen Wirkung von IgA-Antikörpern, die mit wichtigen spermienbezogenen Proteinen interagieren. Es wird vermutet, dass die nach einer Infektion oder Impfung gebildeten Anti-Sperma-Antikörper (ASA) zu einer verminderten Spermienbeweglichkeit, einer veränderten Verflüssigungszeit und einer abnormalen Spermienmorphologie beitragen. Durch die Untersuchung dieser molekularen Wechselwirkungen zielt die Studie darauf ab, einen kausalen Zusammenhang zwischen COVID-19-bezogenen Immunreaktionen und männlicher Unfruchtbarkeit herzustellen.

Studiendesign und Methoden

Die prospektive Fall-Kontroll-Studie wurde an der King Abdulaziz University in zwei Zentren durchgeführt. Dabei entnahmen die Forscher 133 Spermaproben von Männern mit normalen Spermaparametern, die durch Masturbation bei ungeklärter Unfruchtbarkeit gewonnen wurden. Untersucht wurden die Spermienbeweglichkeit, die Verflüssigungszeit und der Anteil abnormaler Spermien in verschiedenen Altersgruppen. Zudem führten die Wissenschaftler eine In-silico-Molekularmodellierungsanalyse durch, um die Wechselwirkungen zwischen IgA-Antikörpern und zentralen spermienassoziierten Proteinen zu analysieren.

- IZUMO1 (ein Spermien-Ei-Fusionsprotein),
- Alpha2A-Adrenorezeptor (steht in Zusammenhang mit Spermienfunktion und -motilität),
- Fibroblasten-Wachstumsfaktor-Rezeptor 2 (FGFR2) (beteiligt an der zellulären Signalübertragung und der Spermienentwicklung).

Mithilfe des molekularen Docking-Verfahrens untersuchten die saudischen Forscher Interaktionsabstände, Aminosäurevariationen und Veränderungen der Bindungslänge, um festzustellen, wie IgA die Spermienfunktion beeinträchtigen könnte.

Ergebnisse der Studie

Die Studie zeigte, dass die männliche Unfruchtbarkeit zwischen dem 31. und 40. Lebensjahr mit 50% am höchsten ist, während die Zahl der Spermienanomalien nach dem 41. Lebensjahr abnimmt. Von den unfruchtbaren Männern waren 21% unter 30 Jahre alt, 24% zwischen 41 und 50 Jahren und 5% über 50 Jahre alt. Die Spermienbeweglichkeit war stark beeinträchtigt, wobei der Anteil der unbeweglichen Spermien (Grad D) bei 59,8% lag, gefolgt von einer progressiven Abnahme in den weiteren Beweglichkeitsgraden.

- Grad A (schnell fortschreitende Motilität): 8,45%
- Grad B (langsam fortschreitende Motilität): 11,1%
- Grad C (nicht-progressive Motilität): 15,8%

Der Anteil abnormaler Spermien lag zwischen 43,85% und 46,33%, während die Verflüssigungszeit je nach Alter zwischen 30 und 36 Minuten variierte.

Die Ergebnisse der molekularen Modellierung zeigten, dass IgA-Antikörper stabile Komplexe mit Spermaproteinen bildeten und dadurch die normale Spermienfunktion beeinträchtigten. Die Interaktionsabstände betragen 25,354 Å (IZUMO1), 39,049 Å (Alpha2A) und 41,999 Å (FGFR2), was auf erhebliche strukturelle Veränderungen hinweist. Diese Wechselwirkungen führten zu einer Beeinträchtigung der Beweglichkeit, Verflüssigung und Lebensfähigkeit der Spermien und deuten auf eine mechanistische Verbindung zwischen der Immunaktivierung nach einer COVID-19-Exposition und männlicher Unfruchtbarkeit hin.

Die Studie kam zu dem Schluss, dass eine IgA-vermittelte immunogene Unfruchtbarkeit nach einer Impfung oder Infektion zunimmt, wobei stabile IgA-Protein-Komplexe die Spermiodynamik stören. Dieses Ergebnis eröffnet eine neue Perspektive auf die männliche Unfruchtbarkeit in der Zeit nach der Pandemie.

TrialSite-Überlegungen

Obwohl die Studie überzeugende Daten liefert, gibt es mehrere Warnsignale und Ungereimtheiten, die – neben methodischen Einschränkungen – eine genauere Untersuchung rechtfertigen.

Auswahlfehler und geringe Stichprobengröße

Die Studie umfasst lediglich 133 Teilnehmer, was eine Verallgemeinerung der Ergebnisse auf breitere Bevölkerungsgruppen erheblich erschwert.

Zudem fehlt eine eindeutige Kontrollgruppe, was Zweifel an der Vergleichbarkeit der Daten aufwirft. Dadurch bleibt unklar, wie die Ausgangsraten der Unfruchtbarkeit vor COVID-19 aussahen.

Kausalität vs. Korrelation

Die Studie deutet auf einen Zusammenhang zwischen der COVID-19-Impfung oder -Infektion und männlicher Unfruchtbarkeit hin, kann jedoch keine kausale Beziehung nachweisen.

Zahlreiche Faktoren beeinflussen die Spermienqualität, darunter Stress, Lebensstil und Grunderkrankungen. Da keine Daten aus der Zeit vor der Pandemie vorliegen, bleibt unklar, ob die beobachteten Tendenzen bereits vorher bestanden.

Interpretation der IgA-Antikörper

IgA spielt eine zentrale Rolle in der Schleimhautimmunität, doch seine direkte Beteiligung an der Bildung von Antikörpern gegen Spermien bleibt umstritten.

Da keine Kontrollmessungen der IgA-Spiegel durchgeführt wurden, ist es schwierig zu beurteilen, ob ein Anstieg tatsächlich auf die Impfung oder eine Infektion zurückzuführen ist.

Fehlen von Längsschnittdaten

Die Studie liefert lediglich eine Momentaufnahme, ohne die Spermienfunktion über Monate oder Jahre hinweg zu verfolgen.

Sollten die durch die Impfung bedingten IgA-Effekte nur vorübergehend sein, wäre eine Langzeitbeobachtung notwendig, um festzustellen, ob die Unfruchtbarkeit dauerhaft oder reversibel ist.

Begrenzte externe Validierung

Die Studie basiert auf In-silico-Modelle zur Vorhersage molekularer Wechselwirkungen. Solche Simulationen sind zwar wertvolle Werkzeuge, können jedoch die tatsächlichen biologischen Konsequenzen nicht bestätigen.

Es fehlen funktionelle Tests oder Tiermodelle, um zu überprüfen, wie IgA unter realen biologischen Bedingungen mit Spermien interagiert.

Weitere Einschränkungen sind das Fehlen einer Kontrollgruppe sowie die Tatsache, dass alternative Ursachen für Unfruchtbarkeit nicht ausgeschlossen wurden.

Implikationen

Die Studie wirft ernsthafte Fragen über eine mögliche immunvermittelte männliche Unfruchtbarkeit nach einer COVID-19-Impfung oder -Infektion auf. Allerdings bleiben kausale Zusammenhänge bislang unbewiesen, weshalb grössere, gut kontrollierte Längsschnittstudien erforderlich sind, um diese Thematik fundiert zu klären.

Sollten die Ergebnisse bestätigt werden, könnten sie:

- Weitere Forschung zur Immunreaktion und Spermienphysiologie anregen, um die zugrunde liegenden Mechanismen besser zu verstehen.
- Neue Leitlinien zur reproduktiven Gesundheit etablieren, um die männliche Fruchtbarkeit nach einer COVID-19-Impfung gezielter zu bewerten.
- Die Risiko-Nutzen-Diskussion über Impfstoffe erweitern, indem potenzielle Risikogruppen besser identifiziert werden.

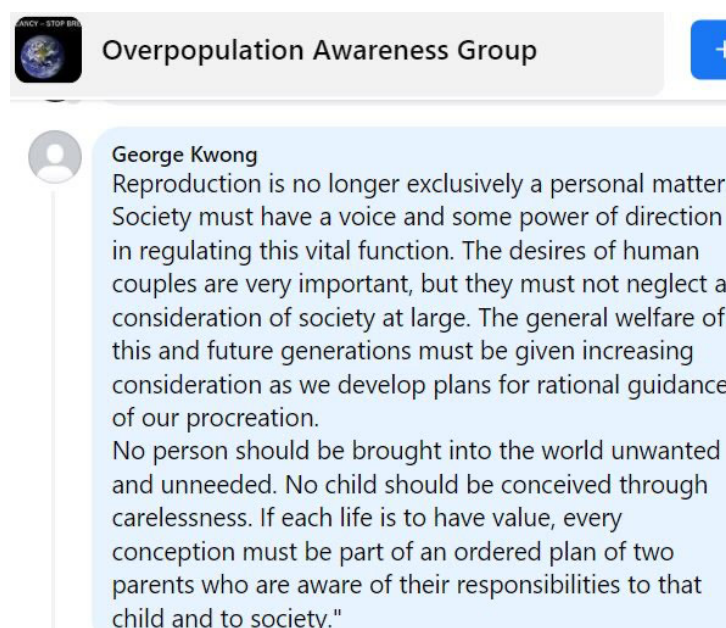
Das Fehlen endgültiger kausaler Beweise bedeutet jedoch, dass alarmistische Schlussfolgerungen verfrüht sind. Bis zu einer weiteren Validierung sollten diese Ergebnisse als vorläufige Assoziation und nicht als bestätigte klinische Beweise für impfstoffbedingte männliche Unfruchtbarkeit interpretiert werden.

Der Artikel befindet sich im Druckstadium und kann unter Current Medicinal Chemistry erworben werden.

Quelle: Is COVID-19 Vaccine and Infection Linked with Male Infertility? Troubling King Abdulaziz University Study Suggests Possibly

Quelle: <https://uncutnews.ch/besteht-ein-zusammenhang-zwischen-covid-impfstoff-infektion-und-maennlicher-unfruchtbarkeit-neue-beunruhigende-studie-deutet-darauf-hin/>

Facebook-Nutzer George Kwong: Reproduction is no longer exclusively a personal matter – Die Fortpflanzung ist nicht mehr ausschliesslich eine persönliche Angelegenheit!



Die Fortpflanzung ist nicht mehr ausschliesslich eine persönliche Angelegenheit. Die Gesellschaft muss bei der Regulierung dieser lebenswichtigen Funktion ein Mitspracherecht und eine gewisse Weisungsbefugnis

haben. Die Wünsche der menschlichen Paare sind sehr wichtig, aber sie dürfen die Gesellschaft als Ganzes nicht ausser Acht lassen. Das allgemeine Wohlergehen dieser und künftiger Generationen muss bei der Entwicklung von Plänen für eine vernünftige Steuerung unserer Fortpflanzung verstärkt berücksichtigt werden. Kein Mensch sollte ungewollt und unbedarft auf die Welt gebracht werden. Kein Kind sollte durch Unachtsamkeit gezeugt werden. Wenn jedes Leben einen Wert haben soll, muss jede Zeugung Teil eines geordneten Plans von zwei Eltern sein, die sich ihrer Verantwortung für das Kind und die Gesellschaft bewusst sind.

George Kwong

Quelle: https://www.facebook.com/groups/136507913150251/posts/3119961688138177/?comment_id=3121554504645562¬if_id=1710329001813654¬if_t=group_comment



Über die Symbole der Schöpfungsenergielehre

Von Bernadette Brand, Schweiz

Grundsätzlich gilt: Jedes einzelne Symbol der Schöpfungsenergielehre ist absolut und völlig neutral, was auch für das Friedenssymbol gilt.

Ebenso grundsätzlich ist jedoch festzuhalten, dass jedes einzelne Symbol über eine eigene unverwechselbare und typische Formensprache verfügt, die es einzigartig macht. Zu dieser Formensprache gehören nicht nur die effektiven linearen Formen, sondern auch die Stellung des Symbols innerhalb des breiten schwarzen Rahmens, der für jedes Symbol unverzichtbar ist, sowie die Proportionen der Linienstärken und – wenn vorhanden, auch für die Farben – folglich also insgesamt für das individuelle Gesamterscheinungsbild jedes Symbolen, was nicht nur von Bedeutung, sondern sehr wichtig ist.

Bei der Formensprache handelt es sich um eine Art der archetypischen visuellen Kommunikation, durch die die unbewusste und bewusste Wahrnehmung des Betrachters angesprochen wird. Aufgrund des archetypischen jahrhunderttausende alten Wissens, das jedem Menschen aufgrund der in der «eigenen» Schöpfungsenergielinie gespeicherten Informationen zur Verfügung steht, nimmt sein Unbewusstes die «Botschaften» der Formensprache auf und beginnt sie aufgrund des in der Schöpfungsenergieform eingelagerten Wissens impulsartig zu interpretieren und richtig zu verstehen, wodurch dies dann entsprechende Impulse auslöst und diese an den alles überlagernden Bewusstseinskomplex weiterleitet und freigibt, der dann dem Symbol entsprechend zu reagieren beginnt und Assoziationen, Ideen und Reaktionen erzeugt, die im bewussten Bewusstsein aufgenommen und der Formensprache entsprechend verarbeitet sowie nach aussen als Handlung umgesetzt werden.

Jedes Symbol ist komplex und in sich absolut und in jeder Weise streng neutral und passiv. Es veranlasst also absolut nichts Negatives oder Positives im Bewusstsein des Menschen, sondern es ist explizit lediglich Ausdruck bzw. Träger bestimmter negativer, ausgeglichener oder positiver Informationen, deren Interpretationen durch den Menschen selbst erfolgen und geformt werden. Dies ergibt sich durch sein Denken, das durch die Einflüsse der Umwelt, wie Erziehung und gar Indoktrination aufkommt, das dann durch seinen

gesamten Bewusstseinskomplex umgesetzt und gesteuert wird, und zwar präzise und entsprechend den Informationswerten des jeweiligen Symbols.

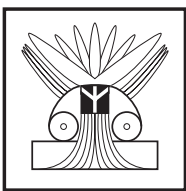


Das existierende und weltweit kursierende falsche «Friedenssymbol» mit der Todesrune, das wahrheitlich einem «Todessymbol» und «Hasssymbol» entspricht, wurde im Jahr 1958 vom britischen Grafiker Gerald Holtom im Auftrag der britischen Kampagne zur nuklearen Abrüstung erdacht und erstellt, und zwar ohne Vorauskenntnis, dass sein Werk Böses, Krieg, Verbrechen, Leid, Elend, Tod und Zerstörung fordern wird.

So wurde es also absolut unausweichlich, dass das falsche «Friedenssymbol» – das keltische «Todesrunensymbol» – bis heute Spaltung, Unfrieden und Zerstörung hervorruft, wie das täglich festzustellen ist, seit dieses Symbol fälschlich und unverantwortlich als «Friedenssymbol» interpretiert und dieserart weltweit fälschlich genutzt wird und damit Unfrieden, Streit, Krieg, Terror und Tod verbreitet. Nur schon bei oberflächlicher Betrachtung des Symbols wird klar, dass es nicht das Geringste mit Frieden, sondern mit Gewalt, Aggression, Zerstörung und Vernichtung zu tun hat.

Das Symbol «Tod, Todesexistenz», auf dem die Todesrune fusst – assoziiert Spaltung, Unfrieden, Hass, Krieg, Terror, Mord und Zerstörung, wie das täglich in immer krasserer Form festzustellen ist, seit dieses Symbol fälschlich und unverantwortlich als «Friedenssymbol» interpretiert wird und weltweit Verbreitung gefunden hat. Was sich seit der Entstehung dieses 1958 erfundenen «Todessymbols» mit der Todesrune an bewaffneten Konflikten auf der Erde ergeben hat ist derart gravierend, wie es auf diesem Planeten zuvor niemals der Fall war. Es waren nämlich bis zum Monat Mai des Jahres 2024 deren 91 Aufstandskämpfe, Befreiungskriege, Besetzungskriege, Bürgerkriege, Grenzkriege, Invasionskriege, Religionskämpfe, Staatenkriege, Sezessionskriege, Terrorhandlungen und sonstige Waffenkonflikte zu verzeichnen, die viele Millionen Tote gefordert haben.

Nur schon bei oberflächlicher Betrachtung des Symbols wird klar, dass es nicht das Geringste mit Wachstum, Fortschritt und Friedlichkeit zu tun haben kann, denn ein gestürzter Baum, dessen Krone zur Erde weist, ist der Inbegriff der Gewalt, des Endes, der Verrottung und des Sterbens. Da die meisten Menschen unkontrolliert denken, verarbeiten sie die archetypischen Informationen des Symbols auch in genau der Weise der Inhalte, die dieses Symbol umfänglich «umschreibt», weshalb sie dann unbewusst bzw. unkontrolliert und unbedacht alles dazu beisteuern, um den Sinn des Symbolen umzusetzen und Tatsache werden zu lassen, ohne dem Verderben und dem Ende von dem das Symbol «spricht» auch nur das Geringste entgegenzusetzen. Dadurch, dass sich jene gläubigen Menschen, die das Todessymbol als Friedenssymbol missinterpretieren, ihre eigenen Gedanken und Regungen nicht bewusst machen und diese nicht kontrollieren, machen sie sich zu Sklaven des Inhaltes des Symbols – das grundsätzlich völlig neutral einfach einen bestimmten Zustand oder Umstand «beschreibt», den sie ungewollt und gläubig umsetzen und Wirklichkeit und Tatsache werden lassen.



Gegensätzlich zum Symbol «Tod, Todesexistenz» beinhaltet das Symbol «Frieden» eine reiche und auf Wachstum hinweisende Formensprache, die genau wie alle anderen Symbole völlig neutrale archetypische Informationen beinhaltet, die jedoch auf ein friedliches und reiches Wachstum, wie auch auf Ruhe und Fortschritt bzw. Evolution hinweisen und diese Aussage abschliessend beinhalten. Der lebenspralle Baum, dessen Krone in den Himmel weist und der auf einer sprudelnden Quelle thront, verspricht blühendes Wachstum sowie Gedeihen – was durch die stilisierte Lotosblume versinnbildlicht wird, die der

Krone des Baumes entspringt – wodurch dieser zum eigentlichen Lebensbaum wird.

Die Betrachtung des Symbolen weckt im Menschen friedliche und fortschrittliche Assoziationen und lässt diese hochkommen, wobei sie auf Gedeihen, Wachstum und eine reiche Ernte hinweisen, wodurch der Mensch wertvolle Regungen, Ahnungen und Ideen sowie Gedanken und ein Streben nach Friedlichkeit, Wachstum, Aufblühen und Fortschritt in sich auslöst und aufbaut, weil er sein eigenes untergründiges Wissen seiner Schöpfungslebensenergie anzapft und bestrebt wird, dieses laufend auf und auszubauen und es also evolutiv zu erweitern, dies einfach deshalb, weil der Mensch durch das Wahrnehmen des Symbols bewusst seinem klaren Verstand und seiner Vernunft mächtig wird, infolgedessen er die archetypische Information der Formensprache des Symbolen aufnimmt und diese evolutiv verwertet, um alles in den Wert des diesbezüglich richtigen Handelns, Wirkens und Verhaltens umzusetzen.

Verbreitet das richtige Friedenssymbol, denn es ist äusserst wichtig.



Das falsche Symbol, die Todesrune, schafft Unfrieden, Hass und Unheil

Nutzt euer Auto und klebt das richtige Friedenssymbol darauf und verbreitet es!

Fertigt das richtige Friedenssymbol zu Fahnen und lasst sie im Wind flattern.



Schöpfungsenergielehre-Symbol (Frieden)

Verbreitung des richtigen Friedenssymbols

**Es soll FRIEDEN sein auf Erden
And there shall be PEACE on Earth**

**AMANI
BARIŞ
PAQE
PACE
MMP
PAIX
PAZ**

**EIPHNH
VREDE
平和
שרום
शांति
صلح**

FIGU.ORG
FIGU, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti
Schweiz/Switzerland Tel. +41 (0)52 385 13 10

Das falsche Friedenssymbol – die heute weltweit verbreitete sogenannte <Todesrune>, die aus den keltischen Futhark-Runen resp. der umgedrehten Algiz-Rune fabriziert wurde – ist der eigentliche Inbegriff negativer Einflüsse und schafft zerstörerische Schwingungen hinsichtlich Unfrieden, Fehden und Hass, Rache, Laster, Süchte und Hörigkeit, denn die <Todesrune> bedeutet für viele Menschen Reminiszenzen an die NAZI-Zeit, an Tod und Verderben, wie aber auch Ambitionen in bezug auf Kriege, Terror, Zerstörungen vieler menschlicher Errungenschaften und allen notwendigen Lebensgrundlagen jeder Art und weltweit Unfrieden.

Es ist wirklich dringlichst notwendig, dass die <Todesrune> als falsches Friedenssymbol, das Unfrieden und Unruhe schafft, völlig aus der Erdenwelt verschwindet und dadurch das uralte sowie richtige Peacesymbol auf der ganzen Erde verbreitet und weltbekanntgemacht wird, dessen zentrale Elemente Frieden, Freiheit, Harmonie, Stärkung der Lebenskraft, Schutz, Wachstum und Weisheit reflektieren, aufbauend wirken und sehr besänftigend und friedlich-positiven Schwingungen zum Durchbruch verhelfen, die effectiv Frieden, Freiheit und Harmonie vermitteln können!

Wir wenden uns deshalb an alle FIGU-Mitglieder, an alle FIGU-Interessengruppen, Studien- und Landesgruppen sowie an alle vernünftigen und ehrlich nach Frieden, Freiheit, Harmonie, Gerechtigkeit, Wissen und Evolution strebenden Menschen, ihr Bestes zu tun und zu geben, um das richtige Friedenssymbol weltweit zu verbreiten und Aufklärung zu schaffen über die gefährliche und destruktive Verwendung der <Todesrune>, die in Erinnerung an die NAZI-Verbrechen kollektiv im Sinnen und Trachten der Menschen Charakterverlotterung, Ausartung und Unheil fördert.

Autokleber
Größen der Kleber:
120x120 mm = CHF 3.–
250x250 mm = CHF 6.–
300X300 mm = CHF 12.–

Bestellen gegen Vorauszahlung:
FIGU
Hinterschmidrüti 1225
8495 Schmidrüti
Schweiz

E-Mail, WEB, Tel.:
info@figu.org
www.figu.org
Tel. 052 385 13 10
Fax 052 385 42 89

IMPRESSUM

FIGU-SONDER-ZEITZEICHEN

Druck und Verlag: FIGU-Wassermannzeit-Verlag,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Redaktion: BEAM «Billy» Eduard Albert Meier,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89
Wird auch im Internet veröffentlicht
Erscheint sporadisch auf der FIGU-Webseite

Postcheck-Konto: FIGU Freie Interessengemeinschaft,
8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3
IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3
E-Brief: info@figu.org
Internetz: www.figu.org
FIGU-Shop: http://shop.figu.org



© FIGU 2025

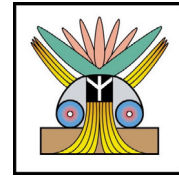
Einige Rechte vorbehalten.

Dieses Werk ist, wo nicht anders
angegeben, lizenziert unter :

www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/



**Für CHF/EURO 10.- in einem Couvert senden
wir Dir/Ihnen 3 Stück farbige Friedenskleber
-----der Grösse 120x120 mm. = Am Auto aufkleben.**



Geisteslehre Friedenssymbol

Frieden

Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden,
wenn jeder verständige und vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten
Tritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt
bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerdung zu tun.
SSSC, 10. September 2018, 16.43 h, Billy

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag: FIGU, «Freie Interessengemeinschaft Universell», Semjase-Silver-Star-Center,
Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz